

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 43. Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementpreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 23. Oktober 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Pettzeile
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzufenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

Arbeitsnachweise.

Gegen die Mitte des Oktober 1909 ging die Nachricht durch die Presse, daß im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf zur Regelung des Stellenvermittlungswesens in Vorbereitung sei. Danach sollten sowohl gewerbliche wie nichtgewerbliche Institute der behördlichen Aufsicht unterstellt werden. Treffen diese Mitteilungen zu, voran bei der amtlichen Bevormundungssucht in Preußen-Deutschland kaum zu zweifeln ist, so tut die Arbeiterschaft gut, sich bei Zeiten zur Abwehr zu rüsten; und ein Hinweis darauf, daß das Polizeiregiment auch in dieser Hinsicht wenigstens für die Arbeiterschaft bislang keinen Nutzen gestiftet hat, mag vielleicht schon jetzt am Platze sein.

Wohl kaum ein anderer Zweig sozialpolitischer Maßnahmen läßt in gleichem Maße wie der Arbeitsnachweis erkennen, daß die Machtfrage das Wesentliche ist. Bevor unter der Herrschaft des Privatkapitalismus von Organisationen die Rede sein kann, stürzen sich in allen Ländern mehr oder minder anrüchliche Existenzen aus dem Kleinbürgertum auf das Gewerbe der Stellenvermittlung. Besonders in Frankreich nimmt dieser Betrieb eine unerhörte Ausdehnung an, und hier treten denn auch zuerst die schlimmsten Mißstände hervor. Hier läßt auch zuerst die Polizei ihre Wirksamkeit aus; durch Dekret vom 25. März 1852 macht Napoleon III. diesen Gewerbebetrieb von einer kommunalen Konzession abhängig, die nur an Personen von anerkannter Rechtschaffenheit erteilt werden sollte. Auch sonst wurden strenge Vorschriften erlassen bez. der Eintragungen in die Register, bez. der Gebührenhebung usw. Durch einen Nachtrag zu diesem Dekret, der am 16. Juni 1857 erlassen wurde, wurden dann auch noch die verhängten Einschreibegeldern beseitigt.

Trotzdem muß das Stellenvermittlungsgewerbe in Frankreich seinen Mann genährt haben, denn eine im Jahre 1891 von der Regierung veranstaltete Enquete ergab, daß allein in Paris 203 konzessionierte Bureaus bestanden, deren Wirksamkeit sich über weit größere Berufskreise als in Deutschland erstreckten. Sie betrieben durchaus nicht allein die Arbeitsvermittlung für häusliche Dienste, Hotels und Gastwirtbetriebe, sondern auch und zwar in großem Umfange für Bäcker, Schuhmacher, Fleischer, Bankangestellte, Techniker, Verkäufer, sowie Lehrer und Lehrerinnen. Bezeichnend ist, daß in Frankreich denn auch mit einem gewissen Glanz die Reaktion gegen das Uebel einsetzte. Im Jahre 1887 errichtete der Pariser Gemeinderat die erste Arbeitshörse. Die Stadt trug nicht nur die Warkosten, sondern sorgte ausgiebig auch für Unterhaltung des Hauses und ließ den Gewerkschaften, die sich in dem Institut einrichteten, ein verhältnismäßig großes Stück Selbständigkeit. Anders die Regierung, die im Juli 1893 unter dem Ministerium Dupuy die Arbeitshörse schloß, die dann erst drei Jahre später unter dem radikalen Ministerium Bourgeois wieder eröffnet wurde. Daß nicht allzu große Erfolge bei der hier von Arbeitern betriebenen Stellenvermittlung erzielt wurden, mag außer dem Widerstande des Unternehmertums einem gewissen Mangel an Organisationsstalent bei den französischen Arbeitern zuzuschreiben sein.

Ganz anders hat die Arbeiterschaft in England es verstanden, sich die Arbeitsvermittlung nutzbar zu machen. Die englischen Gewerkschaften, die zwar nicht an Mitgliederzahl, jedoch an materieller Leistungsfähigkeit auch heute noch die deutschen beträchtlich überragen, haben auch zeitig die Bedeutung des Arbeitsnachweises erkannt. Die lokalen Mitgliedschaften jeder Zentralorganisation erstatten dem Vorstand allmonatlichen Bericht über die unbesetzten Arbeitsstellen ihres Berufs und über die arbeitslosen Mitglieder, und es ist selbstverständliche Pflicht jedes Organisierten, nur durch Vermittlung seiner Organisation Arbeit anzunehmen. Hier wenden sich auch vielfach die Unternehmer bei Bedarf von Arbeitskräften direkt an die örtliche Gewerkschaftsleitung.

Ein Blick auf die deutschen Zustände lehrt uns, daß hier die gewerksmäßige Stellenvermittlung nicht entfernt die Bedeutung wie in Frankreich erlangt hat, daß

aber andererseits wir von englischen Zuständen nicht minder weit entfernt sind. Die private Stellenvermittlung ist durch die Gewerbeordnung von 1869 für ein freies Gewerbe erklärt worden. Jedoch brachte die Novelle vom 1. Juli 1883 eine Einschränkung dahin, als die Anzeigepflicht für den Betrieb eingeführt und auch bestimmt wurde, daß der Gewerbebetrieb zu unterlagen sei, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit der Gewerbetreibenden bei jenem Geschäft darthun. Als dann eine vom preussischen Handelsministerium 1895 durchgeführte Enquete ergeben hatte, daß von 5216 gewerksmäßigen Stellenvermittlern nicht weniger als 632 bestraft waren, führte die Gewerbenovelle vom 30. Juni 1900 die Konzessionspflicht ein.

Wie bekannt ist, erstreckt sich die gewerksmäßige Stellenvermittlung in Deutschland zum großen Teil nur auf die der Gewerbeordnung unterstehenden Personen. Leidet die Industriearbeiterschaft mithin nur in geringem Umfange unter diesem Uebel, so hat sich für sie dennoch ein Zustand herausgebildet, der ihren ursprünglichen Forderungen durchaus nicht entspricht. Auf dem vom Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt a. M. zum 8. Oktober 1893 einberufenen Sozialen Kongress erklärte der Arbeitsvermittlung ausschließliche in den Händen der organisierten Arbeiter liegen müsse. Sie wären die Verkäufer der Ware Arbeitskraft, und ihnen sollten so wenig wie anderen Verkäufern Vorschriften über den Verkauf ihrer Ware gemacht werden. Allerdings erkannten die Arbeiter in der Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises gern eine Abschlagszahlung an. Bei dieser Abschlagszahlung ist es denn vorab auch geblieben. Hat im Kaufmannsgewerbe die von den sog. Angestelltenorganisationen betriebene Stellenvermittlung auch einige Bedeutung, so ist das Streben der Industriearbeiterschaft nach dem Alleinbesitz der Arbeitsvermittlung größtenteils durch das organisierte Unternehmertum hintertrieben worden. Die großen Arbeitgeberverbände betrachten den Arbeitsnachweis als wertvolle Waffe gegen die Arbeiterschaft und stellen sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß der Arbeiter sich des Verkaufs seiner Ware Arbeitskraft zu begeben habe. Mit zynischer Brutalität kommt diese Anschauung in einer an Reichstag und Bundesrat gerichteten Petition des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom 22. April 1899 zum Ausdruck, in der es heißt:

„In der Politik und vor dem Gesetze hat der Arbeiter in unserem Vaterlande die volle Gleichberechtigung (!), in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgeschlossen; denn auf diesem Gebiete tritt u. a. die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeitnehmer ein. Als eines dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß. . . für eine Mitwirkung bezw. Mitbestimmung der Arbeiter in dieser Beziehung gibt es weder Raum noch Recht, und wo, in Verkennung der Grundbedingungen für die Entwicklung unserer Wirtschaftsordnung, leider ein solches den Arbeitern eingeräumt wurde, da wurden unhaltbare Zustände gezeitigt.“

Diese Behauptung, die bei dem Rohheitsausbruch mit unterläuft, hat nun in den Tatsachen keinerlei Unterlagen; und der Standpunkt des Sklavenshaltertums erscheint um so ungeheurer, als in der sozialpolitischen Aera der ersten neunziger Jahre selbst die reaktionäre preussische Regierung von den Scharfmachern abgerückt war. Im September 1894 wandte sich der preussische Handelsminister nach dem Muster der süddeutschen Regierungen mit einem Rundschreiben an die Gemeinden, worin empfohlen wurde, in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern Arbeitsnachweisstellen zu errichten, die sich des Vertrauens der Arbeitgeber und Arbeiter erfreuten und als Leiter eine von der Behörde ernannte Person haben müßten, die weder den Arbeitgebern noch den Arbeitern angehörte. Solche kommunale Arbeitsnachweise zählt die amtliche Statistik für das Jahr 1908 in ganz Deutschland 131 auf, wozu noch 37 ge-

meinnützige Institute kommen, die aus Gemeindemitteln eine Unterstüßung erhalten. Bezeichnenderweise ist der kommunale Arbeitsnachweis in Süddeutschland viel häufiger eingeführt als im Norden; in ganz Preußen gibt es nur 57, in Bayern allein 32 rein städtische Arbeitsnachweisstellen.

Das Scharfmachertum wird weiter insbesondere durch die Zustände im Buchdruckgewerbe lägen gestraft, wo der von den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer gemeinsam betriebene Arbeitsnachweis bis jetzt zur beiderseitigen Zufriedenheit funktioniert hat. Der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe behauptet zwar auch, in seinen Tarifbestrebungen die Buchdruckerorganisation zum Vorbild zu nehmen, wie weit dies u. a. in bezug auf die Frage des Arbeitsnachweises geschieht, die bei einer Tarifgemeinschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist, werden die in Kürze vor sich gehenden Verhandlungen beweisen.

Wo ein unter der Mitwirkung der Arbeiterschaft betriebener Arbeitsnachweis besteht und stark in Anspruch genommen wird, ist er der Ausdruck einer zum Teil in harten Kämpfen erzwungenen gewerkschaftlichen Machtposition der Arbeiter. Das weiß auch die reaktionäre Regierung. Bei ihrer Buneigung für die Unternehmerorganisationen und ihrer Feindschaft gegen die Gewerkschaften ist sicher darauf zu rechnen, daß die angeklindigte „Reform“ den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen wird. Diese werden nur dann den gebührenden Einfluß auf den Arbeitsnachweis gewinnen können, wenn sie eifriger noch als bisher ihre Organisation stärken.

Zum Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz.

In Nr. 41 des „V.-M.“ wurde schon hervorgehoben, daß es mit der im § 8 des Normaltarifs vorgesehenen gegenseitigen Unterstüßung bei Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz bisher sehr gemangelt hat, nicht allein, weil die vorgesehenen Bestimmungen meist bedeutungslos sind, sondern weil viele — selbst führende — Unternehmer einer kräftigen Gehilfenorganisation entgegenarbeiten und außerdem Einrichtungen bekämpfen, die, wie u. a. gemeinsame Arbeitsnachweise, auf Elemente nachhaltig einwirken könnten, die sich mit ihrem Tun außerhalb der beiderseitigen Interessen stellen. Also suchen die Arbeitgeber größtenteils die Vorbedingungen zu einem wirklichen Kampfe gegen die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. Greift sie dann aber immer mehr um sich, so wendet man sich doch an die Gehilfenorganisation; haben wir doch nicht selten beobachtet, daß die Meister glauben, nachdem sie einen Tarifvertrag mit uns eingegangen sind, hätten wir damit zugleich die Verpflichtung auf uns genommen, die Konkurrenz in ihren Kreisen ein für allemal zu beseitigen, ohne daß sie sich darum noch sonderlich zu kümmern brauchen.

Und in der Tat begegnen sich auf dem Gebiete der künstlichen Preisunterbietungen die sonst meist auseinanderstrebenden Interessen von Arbeitern und Unternehmern. Auch die Arbeiter haben besonders als Produzenten keinen Vorteil an der überstiegenen geschäftlichen Konkurrenz. Denn wie stets die wirtschaftlich Stärkeren die ihnen zugehörigen Lasten (der sozialen Gesetzgebung, bei Steuererhebungen mannigfacher Art usw. usw.) auf die Arbeiter abzuwälzen vermögen, so haben gewiß die Kollegen die Besche zu zahlen, wenn der Unternehmer infolge besonders billiger Preisgestaltung geringen Profit befürchten muß. Gebrückte Löhne, übernormale Ausbeutung durch besondere Untreibe, außergewöhnliches Schuffen und dadurch, wie auch durch mangelhaft und daher unnötig schnell zusammengeschaltene Arbeiter bedeutend gesteigerte Arbeitslosigkeit: das sind u. a. die traurigen Folgen solch anarchischen Konkurrenzkampfes für unsere Kollegen. Dazu kommt, daß die so mangelhaft ausgeführten Arbeiten, soweit es sich um städtische oder staatliche Aufträge handelt, die breite Masse der Steuerzahler finanziell schädigen, wie auch bei Privatarbeiten nicht nur der direkte Auftraggeber getroffen wird. Also eine Belastung unserer Kollegen als Produzenten, als auch der breiten Masse als Steuerzahler und Konsumenten nach allen Richtungen hin.

Trotzdem kann nicht verlangt werden, daß wir etwa mit unseren Mitteln allein den Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz führen, während der sich immer scharfmacherischer und arbeiterfeindlicher gebärdende Arbeitgeberverband ruhig zusieht, wie wir die ihm im Interesse seiner mindestens ebenso, wenn nicht noch mehr, weil unmittelbarer, leidenden Mitglieder zukommende Arbeit

leiten. Wenn der Arbeitgeberverband wirklich so stark ist wie er nach den hochstehenden Steben einiger seiner Führer sein soll (22.000 Mitglieder, mindestens 52.000 000 Mark Lohnsumme, Ausperrung im ganzen deutschen Vaterland), warum geht man da nicht energisch gegen die Schmutzkonkurrenz vor, warum gefällt man sich da immer noch in kleinlicher Bekämpfung unserer Verbände und in Ablehnung von Einrichtungen, die die Vorbedingung für ein nachdrückliches gemeinsames Vorgehen sind?

Mindestens sollte man uns aber doch kräftig unterstützen, wenn wir in gewissen vorkommenden Fällen ein Vorgehen für angezeigt und erfolgversprechend halten. Ein Schulbeispiel, wie es nicht gemacht werden sollte, ist das auch schon in Nr. 41 des „W.-M.“ nach einem Versammlungsbericht unserer Leipziger Filiale erwähnte Vorgehen gegen dort bekannt gewordene mangelhafte Arbeiten infolge Preisunterbietungen. Unser Leipziger Geschäftsführer hatte bezüglich mit in Betracht kommenden städtischen Arbeiten an den Leipziger Stadtrat eine Eingabe gerichtet, in der eine Reihe Arbeiten in Schulgebäuden aufgeführt wurden, die weit mangelhafter als im Voranschlag bestimmt ausgeführt worden sind. Außerdem war vermerkt, daß es sicher sowohl im Interesse der Stadt liegt, daß die Arbeiten ordentlich ausgeführt werden, als auch im Interesse der beteiligten Gewerbetreibenden, Arbeiter sowie Arbeitgeber, daß nicht durch Vorgehung unreeller Geschäfte das reelle Handwerk Schaden leidet und vor allem die Gehilfenschaft nicht durch willkürliche Verkürzung der Arbeitsgelegenheit infolge mangelhafter Ausführung in der Erwerbsmöglichkeit beschnitten wird.

Anstatt nun den Vorgängen auf den Grund zu gehen, verschiedene Sachverständige unter Zuziehung der doch wohl am besten Auskunft über die Anzahl der vorzunehmenden Anstriche und die tatsächlich verwendeten Materialien geben könnten beteiligten Gehilfen zu vernehmen, hat die Stadtbehörde den Innungs-Übermeister (der auch Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist) nachsehen lassen, ob die Arbeiten nachträglich und nach ihrem „äußeren Aussehen“ Unlutz zu Beanstandungen bieten. Wie vorauszusehen wurde denn auch festgestellt, was eben bei solcher Art der Untersuchung nur feststellen war, daß „äußerlich“ die Arbeiten einen einwandfreien Eindruck machen, worauf man folgendes an die Behörde des natürlich nicht wenig erstaunten Beschwerdeführers schrieb:

„Auf das Schreiben vom 8. September, in dem Sie anzeigen, daß die in den großen Serien in der 9. und 14. Bezirksschule ausgeführten Maler- und Anstreicherarbeiten vom Unternehmer nicht fach- und anspruchsgemäß ausgeführt worden seien, teilen wir Ihnen mit, daß diese Arbeiten auf Grund der angelegten Untersuchungen und eines Sachverständigen-Gutachtens keinen Unlutz zur Beanstandung bieten.“

Der Rat

Wenn ein Beschreib, vor dem der Eingeweihte selbst „äußerlich“ nicht den nötigen Respekt haben kann, der aber auch zeigt, daß selbst in führenden Kreisen der Arbeitgeberorganisationen der Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz nicht mit dem erforderlichen Nachdruck geführt wird, während man uns immer antwortet, ja verfluchten möchte, den Unternehmern die Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Trotzdem die in der Eingabe angeführten äußerst mangelhaften Arbeiten tatsächlich geliefert wurden, dieser Beschreib auf Grund eines seiner ganzen Entstehung wegen unnützlichen Gutachtens. Kein Wunder, wenn dann die Schmutzkonkurrenz lüppig weiter wuchert, selbst bisher solide Meister es auf diesem Gebiete versuchen und viele glauben, sie müßten dem Arbeitgeberverband beitreten, um sich nicht nur gegen die berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft, sondern auch gegen deren Vorgehen bezüglich betrügerischer Manipulationen bei Herstellung der Arbeiten zu schützen, zu dem die Gehilfen von demselben Arbeitgeberverband erst aufgefordert wurden.

Trotzdem werden wir uns bekannt werden müssen Fällen, unanteriorer Konkurrenz, „gleichgültig, ob der betreffende Meister Mitglied des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ist oder nicht!“ — wie es im Normaltarif so schön heißt — nachgeben, wie natürlich auch der Leipziger Fall mit dem salomonischen Beschreib für uns noch nicht erledigt ist.

Arbeitsgenossenschaften.

Die Genossenschaftsbewegung hat sich im letzten Jahrzehnt in sehr erfreulicher Weise entwickelt, zum Vorteil der daran beteiligten minderbegüterten Klassen. Mehr als je zeigen gerade gegenwärtig die Arbeiter ein lebhaftes Interesse für die Genossenschaftsbewegung, als einen gewichtigen Faktor im Emanzipationskampf des gesamten Proletariats. Die Zahl der Genossenschaften betrug nach dem Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von 1907 25 714 mit rund 4 Millionen Mitgliedern. Die Genossenschaften teilen sich in Kreditgenossenschaften, Arbeitsgenossenschaften, gewerbliche und landwirtschaftliche Verwertungsgenossenschaften, gewerbliche und landwirtschaftliche Bezugs-Genossenschaften, Konsumgenossenschaften und sonstige Genossenschaften. Beteiligt sind daran Arbeiter, Landwirte, Handwerker, Händler usw., die alle durch gemeinsamen Ein- oder Verkauf von Waren Vorzüge erreichen wollen.

Die Arbeitsgenossenschaften bilden nur eine sehr kleine Gruppe. Ihre Zahl stieg von 118 im Jahre 1904 auf 182 im Jahre 1905, auf 141 im Jahre 1906 und auf 152 im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl stieg im selben Zeitraum von 6779 auf 8803. An den Zentralverband deutscher Konsumvereine haben sich davon 25 Arbeitsgenossenschaften mit 5853 Mitgliedern angeschlossen.

Das Geschäftsguthaben betrug 1907 M. 449 858. Der Reservecapital betrug 327 742. An Fassenbestand war vorhanden M. 34 087. Die Gesamtsumme der verkauften Waren betrug M. 5 720 132, der Bruttoertrag belief sich auf M. 2 221 280, die Geschäftskosten auf M. 2 100 578. Gegenstand der Produktion waren: in 8 Genossenschaften: Backwaren, in 1 Genossenschaft: Konditorei- und Süßwaren, in 1 Genossenschaft: Bier, in 1 Genossenschaft: Sauretrank, in 4 Genossenschaften: Herrengarderobe, in 2 Genossenschaften: Piggaren, in 1 Genossenschaft: Kautabak, in 2 Genossenschaften: Möbel und Kontoreinrichtungen und in 4 Genossenschaften: Druckfachen.

Aufgelöst hatten sich 1906 8 Genossenschaften. Von sämtlichen Genossenschaften lösten sich im Jahre 1905 885 oder 1.7 Prozent auf Prozentual am stärksten an der

Auflösung sind die Arbeitsgenossenschaften beteiligt, nämlich im Jahre 1905 mit 6,1 Prozent, im Jahre 1906 mit 18,4 Prozent. Dies zeigt am deutlichsten, daß die Arbeitsgenossenschaften im allgemeinen Wirtschaftszustande von kurzer Dauer sind, daß Umstände und Widerwärtigkeiten Begleitedeigungen sind, die ungeheuer den Bestand gefährden.

Arbeitsgenossenschaften gründen in der Regel keine mit Glücksunternehmungen versehenen Arbeiter, immer sind es solche, die nicht viel besitzen. Das wenige, was sie haben, zusammen getan, ergibt eben noch nicht viel. Die Ursachen zur Gründung von Arbeitsgenossenschaften sind verschiedener Art, vielfach kommen sie zustande infolge langwieriger Streiks und Ausperrungen. Da glauben die Arbeiter irgendeines Berufes oder Betriebes, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, die Kunstschaff ihrer Unternehmer durch eigene Produktion befriedigen und auf die Dauer für sich erhalten zu können. Das letzte an Vornahmen, was vorhanden ist, wird zusammengelegt, die notwendigsten Arbeitsgeräte, etwas Rohmaterial usw. gekauft und nun geht die Produktion los, so primitiv wie nur irgend möglich, ohne sich rechtzeitig der Abnehmer ihrer Produkte gehörig gesichert zu haben. Bald kommt die Sorge um die Existenz und das ist das schlimmste für junge Arbeitsgenossenschaften. Es ist nicht zu verkennen, daß sich eine ganze Reihe unangenehmer Hemmnisse der Entwicklung entgegenstellen. Vor allem ist jedenfalls die weitere Anschaffung von Kapitalien zum Betriebe der schwierigste Punkt. Da hapert es oft an allen Ecken und Enden. Es kommt dabei zwar viel auf die Art des Betriebes an, zu einem ist viel Geld zum Ankauf von Rohmaterialien nötig, zum andern wieder viel Geld für Arbeitslöhne. Die ersten Betriebe sind unfruchtbar schwerer zu fördern, während bei den Betrieben, wo es sich mehr um Arbeitslöhne handelt, die Genossen es länger aushalten, sich mit Abschlagszahlungen usw. eine zeitlang behelfen aus genossenschaftlichem Idealismus. Die gefertigten Produkte müssen aber auch Absatzgebiete haben und andererseits ist dann baldige Zahlung nach Lieferung eine der wichtigsten Bedingungen bei solchen wenig kapitalistisch betriebenen Unternehmungen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Sind nicht möglichst alle Vorbedingungen gegeben, so bringt die Gründung auch sofort den Keim des baldigen Endes mit. Dazu kommen schließlich von den Kapitalisten herbeigeführte Materialsperrungen und Absatzunmöglichkeiten, sowie ein Verderben von Waren und Unannehmlichkeiten innerhalb der Genossenschaft und der Bestand ist arg erschüttert, wenn nicht gar unmöglich.

Es sei nur erinnert an die Genossenschaft der Zigarettensarbeiter in Dresden (vor einigen Jahren während der Lohnbewegung der Zigarettensarbeiter gegründet), bei der alle bereits angeführten Gründe mitgewirkt haben mögen, die die Auflösung nach kurzer Zeit herbeiführten. Da glaubten auch mehrere Arbeiter: „Gründen wir nur eine Genossenschaft, dann kann nichts fehlen“. Ohne sich zuvor vielleicht genügend Rat von berufenen Leuten einzuholen, ohne Zustimmung ihrer Organisation wurde das Unternehmen durchgeführt, jedoch der gute Wille, die Aufzuehrung, alles war umsonst.

Neuerdings ist eine kaum erstandene Genossenschaft der Auflösung verfallen und zwar die einiger Schuhmacher in Hamburg. Infolge einer hartnäckigen Lohnbewegung gründeten diese eine Schuhreparaturwerkstatt, eröffneten mehrere Läden, verteilten Flugblätter zur Empfehlung. Die Gründer rechneten aber nicht mit der Waffe der Arbeiter, an die sie sich wendeten. So schnell sind die Arbeiter nun leider nicht bei der Hand, jedes sich aufbauende Unternehmen sofort zu unterstützen und zwar aus vielen Gründen, die nicht etwa allein in Unkenntnis, Absicht oder Laubbet liegen. Es spielt ein großer Teil anderer Ursachen mit, die schließlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind.

Schon früher wurden Arbeitsgenossenschaften gegründet, die aber nach kurzer Zeit liquidieren mußten, so in der Sutfabrikation, Schuhfabrikation usw. Eine Genossenschaft hat sich gut entwickelt, es ist die der Tabakarbeiter; ihr ist es gelungen, einestheils durch geschickte energische Leitung, andererseits durch Abgabe von preiswerten Produkten der kapitalistischen Konkurrenz stand zu halten. Aber auch der innere Aufbau ist ein gesunder von Anfang an gewesen, trotzdem ist ihr Verfall und Verderb nicht erparat geblieben. Nun ist sie aufgegebenen in der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, um einen Zweig der Eigenproduktion genannter Gesellschaft zu bilden, ebenso wie die ehemalige Elberfelder Genossenschaft für Kontormöbel.

So wie in obengenannten Branchen bereits Arbeitsgenossenschaften bestehen oder bestanden haben, hat auch im Malergewerbe eine solche bestanden, die seit 1872 allerdings etwas weit zurück. Mit einigen Ausführungen hier darauf einzugehen, auf die einst mit so großen Hoffnungen ins Leben gerufene Produktivgenossenschaft der Maler, Lackierer und Vergolder in Dresden, genannt „Association Lutras“ ist wünschenswert, um dies Ereignis vor völliger Vergessenheit zu retten. Wie so manche Genossenschaft einer Lohnbewegung, einem Streik ihr Entstehen verdankt, so auch die Genossenschaft Lutras, getauft nach dem Schutzpatron der Malerei St. Lukas.

Die vereinigten Maler- und Lackiermeister Dresdens beschloßen am 2. Januar 1872 einen Arbeitsvertrag, der mit dem 15. Januar 1872 in Kraft treten sollte. Der Vertrag, resp. die Arbeitsordnung auf Grund der Gewerbeordnung von 1869 bezog sich auf die Führung, Arbeitszeit, Rindigung und Lohnregelung mit den Gehilfen. Außerdem sollten Lohnkarten, wöchentlich von den Gehilfen ausgefüllt, geführt werden. Am 18. Januar 1872 gelangte der Vertrag nebst Arbeits- und Lohnkarte in der Versammlung des Kranken-Unterstützungsvereins der Maler, Lackierer und Vergolder in Dresden zur Verlesung. Der Vorsitzende hielt eine Debatte für unnötig und einigte man sich, eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Diese fand auch nach Verlauf einer Woche statt. In dieser wurde eine Deputation von drei Mann gewählt, die den Auftrag erhielt, in der Meisterversammlung dahin zu wirken, die Ausgabe von Arbeitskarten einzustellen. In der Meisterversammlung ließ man die Deputation nicht zu Worte kommen, erklärte ihr, daß die Vornahme beschlossene Sache sei und jede Einwendung dagegen erfolglos. In einer zweiten öffentlichen Versammlung am 17. Februar 1872 erstattete die Deputation darüber Bericht. Beschlossen wurde, als Gegenwehr einen Werkverein ins Leben zu rufen, dem sofort ein großer Teil der Anwesenden beitrug. Am 9. Mai konstituierte sich der Verein und hielt wöchentlich seine Versammlungen ab. In derselben Versammlung wurde die Gründung einer Produktivgenossenschaft beschlossen, Arbeiter im

Maler-, Lackierer- und Vergoldeberei auf eigene Rechnung auszuführen. Am 8. April 1872 begann die Genossenschaft ihre Tätigkeit mit 8 Mitgliedern. Der Eintritt war leicht, er konnte durch Zahlung einer Einschreibegeld von 50 Pf. und durch Anzahlung eines Talers auf einen Anteilsschein erwirkt werden. Die Zahl der Anteilsscheine im Betrage von 10 Talern durfte bei jedem Mitgliede 15 nicht übersteigen und mußte innerhalb zwei Jahre mindestens einer erworben sein. Die Haftung der Mitglieder war eine beschränkte, jeder haftete nur mit der Anzahl seiner Anteilsscheine. Am 1. Juli, also drei Monate nach der Gründung, zählte die Genossenschaft 56 Mitglieder mit 152 Anteilsscheinen und 640 Talern eingezahltem Kapital. Beschäftigt wurden bereits 29 Mitglieder. (Die zuerst bezahlte Rechnung wurde auf Verlangen zurückgegeben, zur Erinnerung auf Goldgrund geklebt, eingerahmt und im Geschäftslokale aufbewahrt.) Die übrigen Mitglieder drängten ebenfalls darauf, in der Genossenschaft beschäftigt zu werden. Da galt es nun, Arbeit anzuschaffen. Das war nicht schwer zur Zeit der Gründerperiode nach dem deutsch-französischen Kriege. Soweit ging alles gut, man beschloß sogar, ein Haus zu kaufen. Die sofortige Zeichnung ergab 550 Talern, zu einem Kauf kam es aber nicht. Die 1/4-jährige Arbeitszeit bei 10stündigem Lohnjah wurde beschlossen, des weiteren, daß im Winter die Mitglieder abwechselnd arbeiten sollten. Das Eintrittsgeld wurde auf 10 Talern erhöht.

Das erste Geschäftsjahr schloß bei einer Einnahme von 6634 Talern 24 Gr. 3 Pf. und einer Ausgabe von 5035 Talern 28 Gr. 1 Pf. mit einem Ueberschuß von 1598 Talern 26 Gr. 2 Pf. ab. Der Reingewinn wurde wie folgt verteilt: Reservecapital 576 Talern 2 Gr. 5 Pf., Dividende 678 Talern 25 Gr. und Remuneration 65 Talern. Demnach schien der Bestand der Genossenschaft als gesichert. In der Genossenschaft beschäftigte man sich nicht nur mit der Herstellung von Maler- und Anstreichernarbeiten, sondern auch mit Vergolberei. Hergestellt wurden Spiegel- und Bilderrahmen, Spiegelgläser, Konsolen, Garbinnenstangen usw., sowie eicherte Deckenbezüge mit Lieferung über ganz Deutschland und Rußland. Zur Vergrößerung der Vergolberei wurde am 10. März 1873 beschlossen, ein am Plage befindliches, mit guter Kunstschaff sowie mit vielen fertigen Waren, Rohstoffen und Inventar versehenes Vergolbergeschäft für 3000 Talern bei 500 Talern Anzahlung anzukaufen. Dieser Schritt sollte verhängnisvoll werden für die noch junge Genossenschaft. Jedenfalls war das Risiko zu groß, zu viel gewagt, andererseits kam hinzu, daß erhebliche Unversehrtheiten für gelieferte Waren zu verzeichnen waren. Es dauerte von da ab nicht mehr lange, und das Geschäft wurde an zehn Genossen verkauft, also getrennt von der Genossenschaft. Dies mag nun der erste Stoß gewesen sein, der nachteilig auf die Genossenschaft wirkte. Am 1. April 1873 arbeiteten 78 Personen und der Rest der nichtbeteiligten Mitglieder wurde zur Arbeit einberufen. Die Genossen als Arbeiter waren allerdings nicht alles gute Kräfte, es besaßen sich manche darunter, denen die Pflichten schwer fielen, sie begnügten sich lieber mit den Rechten. Deshalb mag man auch zu dem Beschluß gekommen sein, nur solche Personen als Mitglieder aufzunehmen, für deren Leistungsfähigkeit sich 6 Mitglieder erklärten oder solche, die bereits 6 Wochen in der Genossenschaft arbeiteten, ohne Anstoß erregt zu haben, worauf diese nach einem Jahr die Mitgliederrechte erhalten konnten.

Der Geschäftsbericht des zweiten Jahres schließt mit einer Einnahme von 13 934 Talern 10 Gr. 9 Pf. und einer Ausgabe von 13 264 Talern, bei einem Vortrag von 670 Talern ab. Wenn nun auch der Bericht anhebend gut abgeschlossen, ein großer Umsatz erzielt wurde, so fehlte allerdings das Nützigste, das Geld. Das Schuldkonto hatte eine ziemlich hohe erreicht, ebenso wuchsen die Unversehrtheiten ins Ungeheure. Die „Unversehrtheiten“ verwandelten sich in „Verluste“, mußten vom Reservecapital abgeschrieben werden, dadurch wurde der Bestand ein unhaltbarer; was auf der einen Seite der Genossenschaft verloren ging, konnte auf der anderen durch weitere größere Profite nicht ausgeglichen werden. Die ersten Verluste waren in der Vergolberei zu verzeichnen, denen sich weitere im Malerbetrieb anschlossen; Baumstämme, für die Arbeiten hergestellt wurden, machten Bankrott, ohne Zahlung leisten zu können. Nun ging es bergab mit der Genossenschaft, die Ratten verließen das sinkende Schiff; von den so nach und nach eingetretenen 84 Mitgliedern blieben nur noch 44 übrig. Die nun noch austreten, verlangten ihr Geld zurück, dadurch wurde die Lage immer schlechter. Schuldscheine wurden ausgestellt, die aber eingelöst wurden von den Ausgetretenen, unbekümmert um die Genossenschaft und ihren ferneren Bestand. Die noch vorhandenen Mitglieder waren nicht willens, weitere Opfer zu bringen, um die Genossenschaft zu erhalten, die Verwaltung konnte zur Sanierung des Geschäftes nichts vorschlagen, das Vertrauen unter einander schwand und so mußte auch, was man nicht verhindern wollte und vielleicht auch nicht mehr konnte, die Frage der Auflösung. In einer am 1. September 1874 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde die Auflösung beschlossen. Infolge Formfehler mußte am 12. Oktober 1874 die Auflösung nochmals beschlossen werden und am 29. Dezember 1874 erfolgte der Eintrag der Auflösung ins Genossenschaftsregister. Die Genossenschaft hatte somit trotz der großen Erwartungen angefaßt, sie hatte mit ansehnlichem Erfolge nicht ganz 2 1/2 Jahre ein schnell zu einem guten Aufstiege gelangtes Geschäft betrieben.

Ein seit Gründung der Genossenschaft angehöriges Mitglied, eines der tüchtigsten und aufopferungsvollsten, hat die wichtigsten Vorgänge der Genossenschaft schriftlich niedergelegt. Als Ursache, daß die Genossenschaft nicht bestehen konnte, sollen schuld sein: daß die Führung keine ernsthaftvolle gewesen sei, nahezu eine leichtfertige, daß die Zukunft nicht praktisch ins Auge gefaßt ward. Anstatt Erparung; Verschwendung, massenhafte Unkosten wurden verursacht, Wochenlöhne bis zu 20 Talern ausgezahlt, Waren in großer Menge angekauft, die verdarben. Sodann ward nicht auf Verluste sich gehörig vorzusehen oder diese verhindert usw. Die Ansprüche der Mitglieder waren ohne Grenzen. Es fehle an Einsicht der Verwaltung und an Einsicht der Mitglieder. Auch der Ehrgeiz trug zu den Vorgängen bei. Es hätte mancher gern ein Amt bekleiden, der feins hatte; mancher ein wichtiges, dem er nicht vorstehen konnte. Schließlich war ein Hauptgrund das Bedürfnis nach Selbständigkeit; die Genossenschaft, obschon in gleichem Rechte mit gleichen Pflichten, waren nicht sich selbst, der einzelne nur ein Glied des ganzen Körpers, immer abhängig von diesem, dies war auf die Dauer doch manchem

unbequem. Und somit vereinigten sich mancherlei Umstände, die die Auflösung der Genossenschaft herbeiführten. So, wie die Entstehung der Genossenschaft und die Teilnahme an ihr so leicht gewesen und durch große Geschäftstätigkeit infolge seltener großartiger Spekulationen in allen Kreisen gefördert worden, so rückständig, gewissenlos ward sie aufgegeben, als in der allgemeinen Geschäftslage eine Aenderung eintrat.

So mag es wohl gewesen sein; viele Genossen sind nach und nach ausgetreten, die alle mit anderen Hoffnungen gekommen sein mögen, die sich nicht erfüllen konnten. Manche davon machten sich selbständig, wollten den goldenen Boden des Handwerks für sich suchen, statt gemeinschaftliches, persönliches Eigentum erwerben. Einigen ist es geglikt, in das hoheliebte Bürgerium emporzuklettern. Ausgeschlossen wurden etliche, die gegen die genossenschaftlichen Grundzüge verstießen. Ein Kommen und Gehen war es.

Diese Genossenschaft war nicht aufgebaut auf gemeinschaftlichem Eigentum, jeder einzelne konnte sie ins Bankrott bringen bei seinem Austritt, wenn die Darlehen zur Auszahlung kommen mußten. Der Ueberfluß wurde verteilt, anstatt genügenden Reserven zu schaffen. Wahrlich, es war ein Gebilde, wie es nur die damalige Zeit schaffen konnte, nicht genossenschaftlich im Ideale, sondern Gewinn suchend mag die Erlebniszeit bei vielen Mitgliedern gewesen sein, Gewinn sucht für die eigene Tasche, nicht für die Genossenschaft und da war ein früher Untergang unausbleiblich.

Seitdem hat man sich in unseren Kollegienkreisen schon mehrmals in engeren Zirkeln mit dem Gedanken beschäftigt, ob es wohl möglich sei, Arbeitsgenossenschaften zu gründen und lebensfähig zu gestalten. Eine feste Form hat diese Frage in Deutschland noch nicht gewonnen. In Amsterdam (Holland) haben 7 Kollegen im Jahre 1904 eine Arbeitsgenossenschaft gegründet, aber auf viel soliderer Basis als die oben beschriebene, sie arbeitet ganz gut den dortigen Verhältnissen entsprechend.

Es ist eben nicht so leicht, Genossenschaften auf Erwerb zu gründen, wenn nicht die Masse der Arbeiter genügend dafür interessiert worden ist und solche Unternehmen stützt durch den Konsum. Die ausgiebigste Hilfe der Arbeiterschaft ist aber notwendig, wenn es sich um Artikel handelt, die dieselbe kaufen muß, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Werden solche Gründungen von berufenen Vertretern der Arbeiter in die Wege geleitet, die von vornherein eine Garantie geben, daß es gelingt, so ist die Arbeiterschaft auch immer bereit, die Unterstützung in weitgehendstem Maße zu geben. Notwendig ist aber vor allem, daß solche Genossenschaften in kaufmännischer Weise von tüchtigen Sachleuten geleitet werden. Gerade in den kleinen, neugegründeten Genossenschaften wird aus Sparsamkeitsrücksichten (die sich, wie schon gesagt, immer aus Mangel an Mitteln ergeben) auf eine tüchtige kaufmännische Mitwirkung verzichtet. Daß dabei den bewährten und notwendigen Grundrissen nicht immer in der richtigen Weise Rechnung getragen werden kann, ist ein Fehler, der sich in den meisten Fällen bitter rächt. Dazu kommt ferner, daß die Mitglieder nicht alle das genossenschaftliche Ideal mitbringen, sondern allerhand Nebenabsichten haben, die sie glauben, da am besten verwirklichen zu können und dadurch dem Fortschreiten einer Genossenschaft keineswegs die Wege ebener helfen. Doch sind Erscheinungen letzterer Art verhältnismäßig nebenächlich, schwierig ist es nur, bei den heutigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen überhaupt Arbeitsgenossenschaften so auszubauen, wie es wünschenswert wäre. Die Anforderungen an solche sind eben ganz andere als bei privaten Betrieben, so kommen z. B. in Betracht: kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, gute Arbeitsmittel, gesunde Arbeitsräume, Ferien usw. Privatbetriebe betreiben eine Ausbeutung wie es Genossenschaften nicht tun, deshalb ist auch bei ihrer Gründung immer die größte Vorsicht am Platze. Die Gegner der Genossenschaftsbewegung lauern ja immer darauf, bei einer Auflösung einer Genossenschaft den Gründern die unlaustersten Absichten, Unfähigkeit und Unmöglichkeit unterzuschreiben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Herbstbelebung. — Erholung im deutschen Eisen- und Stahlindustrie. — Kurstreibereien am Industriefabrikantenmarkt. — Der Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe.

Seit dem Monat August macht sich eine kräftige Belebung von Handel und Wandel bemerkbar. Die zuversichtlichen Erwartungen auf die Herbstsaison sind, von unerfreulichen Teilerscheinungen abgesehen, für den Waren- und Geldmarkt in Erfüllung gegangen; ebenso hat die Warenherstellung und damit auch der Arbeitsmarkt kräftige Anregungen empfangen. Die Belebung von Handel und Wandel während der Monate August bis Oktober ist aber eine regelmäßige Erscheinung, die ebenso in Jahren des Aufschwunges wie des Niederganges zutage tritt. Es kommt daher ganz und gar auf den Grad dieser Belebung an, wenn man aus der herbstlichen Belebung die Richtung der Konjunkturfurche schließen will. Auch der Herbst der Jahre 1907 und 1908 zeigte eine Belebung, aber trotzdem konnte man damals aus ihr keine optimistischen Schlüsse auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ziehen. Ganz verschieden davon liegen die Verhältnisse heute. Die Herbstbelebung tritt mit einer Intensität hervor, die eine Gewähr dafür bietet, daß die Richtung der Konjunkturfurche wieder nach aufwärts geht.

Vor allem ist nunmehr auch die deutsche Eisensindustrie in der Erholung so weit vorgeschritten, daß Angebot und Nachfrage wieder mehr ins Gleichgewicht kommen. Die deutsche Eisensindustrie hat unter dem gewöhnlichen Niedergang besonders dadurch so stark gelitten, daß die gemischten Stahl- und Eisenwerte ihre Leistungsfähigkeit in einer die reinen Betriebe ruinierenden Weise spielen ließen. Sie konnten die Preise äußerst drücken, ohne dabei mit direktem Verlust zu arbeiten, bekamen auf diese Weise das verfügbare Arbeitsquantum herein und bewiesen den reinen Betrieben, daß ihre Politik, bei der Bildung von Verbänden an Forderungen festhalten zu wollen, die den gemischten Werken nicht konzentrierten, nur zum Schaden der reinen Werke ausschlagen müssen. Wieviel stärker infolge dieser Politik Preise auf dem deutschen Eisenmarkt zurückgegangen sind, als die Preise in anderen Ländern, das erkennen man schon daran, daß die Preise für englisches Eisen in Deutschland um ein vielfaches weniger gefallen sind, als die Preise für deutsches Eisen. Zwar haben auch die großen gemischten Werke unter den

Folgen ihrer Politik insofern zu leiden, als die finanziellen Ergebnisse mehr oder weniger unglücklich ausgefallen sind, aber gegenüber der Position der reinen Werke stehen sie nach dieser Periode des Wettkampfes um so gefestigter auf dem deutschen Markte da. Und wenn jetzt bei den reinen Werken eine weitgehende Einigkeit besteht, sich bei einer Verbandsbildung zu beteiligen, so sind sie eben durch die letzten zwei Jahre müde gemacht worden. So erfahren wir, daß nicht nur eine vorläufige Stabellkonvention zustande gekommen ist, die sich aber nur auf die Verkaufstätigkeit während der nächsten Monate bezieht, sondern daß auch die inzwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen der Bildung eines Stabellverbandes mehr Aussicht auf Erfolg versprechen, als dies vor dem Eintritt des Niederganges der Fall gewesen war. Wenn jetzt nur nicht den reinen Werken gute Freunde entgegenkämen, die ihnen auf Staatshilfe Hoffnungen erwecken, die nicht erfüllt werden können. Im Anschluß an die gemischten Betriebe können die reinen Werke relativ noch am besten ihre Existenz und ihr Gedeihen retten.

An der Börse freilich sieht es schon so aus, als ob wir schon der Höhe des wirtschaftlichen Aufschwunges nahe wären. Die Kurstreibereien am Industriefabrikantenmarkt haben im September einen erstaunlichen Umfang angenommen, und die Absicht der Reichsbank, durch die Diskonterhöhung die Kaufbewegung etwas zu dämpfen, hat sich bisher nicht verwirklicht. Fragt man nach den Urhebern dieser Kurstreibereien, so bekommt man zur Antwort: Das ist das Privatpublikum aus der Provinz, das sich jetzt mit Macht an die Börse drängt und von der aufsteigenden Bewegung profitieren will. Gegen diese Strömung ist nicht anzukämpfen. Das ist eine unorganisierte Masse, die einmal in Bewegung gebracht, auf keine Wahrung mehr hört. Diese Antwort ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Masse der mittleren und kleineren Privatkapitalisten arbeitet mit Banken und Bankiers. Wenn diese Kreise ihre Kaufofferten plötzlich und en masse an die Börsen gelangen lassen, so sind sie dazu animiert worden. Und wer hat in letzter Linie die Kaufbewegung entfacht? Es sind die Stimningsberichte der Banken und die Ankündigungen der Bankiers, durch die die geschulten Kapitalisten in Bewegung gesetzt worden sind. Leider erscheinen diese Stimningsberichte, durch die das Heer der Privatkapitalisten in der Hauptsache gegängelt wird, unter Ausschluß der Öffentlichkeit — zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft. Würden diese Berichte einer Kontrolle ausgesetzt sein, so würde wohl diese unauffällige Kaufbewegung, gegen die nicht anzukämpfen sein soll, ihren gegenwärtigen Umfang nicht erreicht haben. Diese Stimningsberichte bedürften gerade deswegen so der Kritik, weil sie mit größter Vorsicht und unter Wahrung strengster Objektivität abgefaßt, gerade die Wirkungen ausüben, die von den Zinsleuten beabsichtigt ist.

Auch am Arbeitsmarkte zeigt sich die Herbstbelebung insofern, als die Nachfrage nach Arbeitskräften sich erheblich gesteigert hat, und die Neueinstellungen zunehmen; aber gleichzeitig wächst eben auch das Angebot in einer recht unangenehmen Weise. Es kommen noch neue Zugänge vom platten Land, aus den Garnisonen, die besonders im Oktober der Arbeitsmarkt stark belasten werden. Trotz der Zunahme der Arbeitsangelegenheit reicht die Nachfrage noch lange nicht aus, um das Arbeitsangebot auf einen normalen Stand zurückzuführen. Daran ist bei dem Umfang des Angebots vor Frühjahr 1910 überhaupt nicht zu denken. In manchen Gewerben sieht es sogar zurzeit recht trübe aus. Wir möchten hier nur auf die Lage der Tabakarbeiter hinweisen. Vor dem Inkrafttreten der neuen Steuer wurde die Erzeugung in ganz exzeptioneller Weise ausgedehnt; die Zahl der Arbeitskräfte wurde nach Möglichkeit gesteigert, die Leistung des einzelnen Arbeiters erhöht — kurz, es wurde mit Wollwusch und auf Bestellung gearbeitet. Bis zum Inkrafttreten der Steuer waren nicht nur alle Vorräte ausverkauft, die bis zu dem Termin in Auftrag gegebenen Bestellungen konnten noch nicht einmal alle erledigt werden. Kurz, es fand in wenigen Wochen eine Vorverlegung des Handels und teilweise des Konsums statt, die zwar für einige Zeit reichlichen Verdienst und volle Arbeit gebracht hatte, der aber eine starke Reaktion folgen mußte. Mit dem Inkrafttreten der Steuer schlug der Beschäftigungsgrad um. Anstelle des flotten Tempo trat eine weitgehende Ermattung; Arbeiter wurden scharfweise entlassen, teils dauernd, teils für einige Zeit, die Erzeugung wurde auch für den bleibenden Arbeiterstamm herabgesetzt, so daß am Arbeitsmarkt für Tabakarbeiter ein Anwachsen des Andrangs statifand, wie er selbst während der Zeit der stärksten Krise kaum zu beobachten war. Wenn auch die jetzige Stagnation nicht allzulange anhalten dürfte, so ist doch die augenblickliche Lage der Arbeiter so bedenklich, daß die Reichsregierung sich daran tun würde, bei der vorgegebenen Unterstützung der in Not geratenen Arbeiter den Formalismus nicht auf die Spitze zu treiben.

Aus unserem Verufe.

Obermeister Hansen in Hamburg ist nicht verstimmt!

Die Reden des Herrn Hansen tragen bekanntlich immer einen großzügigen (!) Charakter und wenn sie erst die Korrektur und die nötige Interpunktion durch „Ihn“ erhalten haben, so sind sie nicht nur für die Herren Arbeitgeber, sondern auch für die Gehilfen von wesentlichem Interesse. Man wird uns daher gestatten, im Auszuge einiges aus dem im Druck vorliegenden Reden unsern Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, ohne des Diebstahls am „geistigen Eigentum“ des Herrn Hansen bezichtigt zu werden.

In dem Geschäftsbericht über das vergangene Halbjahr jagte der Herr Obermeister:

„Die Hoffnung, die man nach dem schlechten vorigen Geschäftsjahr auf das diesjährige Sommergeschäft gesetzt hatte, hätte sich leider in keiner Weise verwirklicht. Besonders der Streik im Baugewerbe, dem eine allgemeine Ausperrung folgte, habe das Malergewerbe besonders empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. Das sei uns so bedauerlicherweise, als die Ausperrung des Baugewerbes als ein Mißerfolg zu bezeichnen sei, der in der ganz unentschiedenen Haltung dieses Gewerbes in der Angelegenheit zu suchen sei. Im Malergewerbe händen jetzt die neuen Tarifverträge im Vordergrund. Die Folgen, die der Mißerfolg in der Bauhandwerkerperrung gebracht hätte, seien hierbei schwer zu überwinden.“

Bei dem Mißerfolg, den die Bauarbeiterausperrung für die Arbeitgeber gebracht hat, ist Herr Hansen nicht auf seine Rechnung gekommen, jedoch ein so großer und gewaltiger Führer der Arbeitgeber im Malergewerbe wie sich in allen Situationen zu helfen und so redet „Er“ in einer weiteren Versammlung über die von den Gehilfen gestellten Forderungen wie folgt:

„Die gegenwärtige Lohnbewegung der Gehilfen nützt uns nun zu einigen allgemeinen Betrachtungen. Man hat oft von dem „Schweinergeld“ der Sozialdemokraten gesprochen. Fürwahr, auf den gegenwärtigen Zeitpunkt des Ablaufs der Tarifverträge paßt dieses Wort, denn die sich jetzt bietende Gelegenheit, Forderungen zu stellen, konnte nicht glücklicher gewählt werden. Die ungünstliche Reichsfinanzreform mit der Verteuerung der Lebensmittel gibt den Gehilfen eine gute Handhabe zur Begründung ihrer Forderungen. (Sehr richtig.)

Wir wollen uns helfen, uns leichtsinnig, wie das hamburgische Baugewerbe, in eine Ausperrung zu verzeteln, in der wir eine Niederlage erleben können. Sie werden auch nicht von ihren Führern verlangen, daß sie auf eine solche Ausperrung hinarbeiten, doch die Versicherung kann ich Ihnen geben: Sollte es zum Kampfe kommen, so wird er durchgeführt, darauf können Sie sich verlassen. Fortsetzen wie im Baugewerbe zu Hamburg werden von Ihren Führern nicht beangung. Die Vorsicht gebietet es, daß wir trotz der Rigorosität der gestellten Forderungen und den Verhandlungen nicht verfallen, sondern dieselben auf dem Boden der Tarifverträge stehend und im Interesse des friedlichen Zusammenarbeitens und des schließlichen Auseinanderfahrens führen werden.

Zu einer Forderung von 8 Bfg., wie sie die Maurer und Zimmerer in diesem Jahre in Hamburg gestellt haben, hätte unsere heutige Versammlung sicherlich Stellung nehmen können, aber auf die Forderung in der vorliegenden Höhe wird überhaupt kein Angebot gemacht.“

Die Quintessenz der obermeisterlichen Ausführungen geht dahin:

- 1. Angesichts der hohen, unerschänkten Forderungen wird ein Angebot nicht gemacht.
- 2. Verhandlungen mit den Unparteilichen werden nur aufgenommen, um den Schein des Gerechten zu wahren, niemals aber werden wir uns von den Unparteilichen unterliegen lassen. (Siehe Note in Mägen.)
- 3. Eine Ausperrung wird nicht vorgenommen, aber wenn die Gehilfen den Tarifvertrag nicht anerkennen, werden die Werkstätten am 1. Januar 1910 geschlossen.

Wenn nun somit die sämtlichen Malergehilfen am 1. Januar keine Arbeit mehr finden, so liegt die Schuld an den Führern der Gehilfen, die im Gau I nicht die Forderungen der Maurer und Zimmerer, die jetzt nach der Ausperrung pro Stunde 85 Bfg. verdienen, zu den ihrigen gemacht haben.

Bekanntlich ist das Malergewerbe vorwiegend ein Klein-gewerbe. Nach der neuesten Berufsählung vom 12. Juni 1907 sind es von den 53 000 Betrieben nicht weniger wie 20 000, die keine Gehilfen beschäftigen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß etwa 15 000 Betriebe in Frage kommen, die nur im Sommer 1 bis 10 Gehilfen beschäftigen, also bereits mit Winteranfang in die Kategorie der Kleinbetriebe sich einreihen, so kann man sich die welkschütternde Macht der Malermeister vorstellen, wenn diese am 1. Januar samt und sonders in ganz Deutschland die Betriebe schließen. Um im Malergewerbe selbständig zu werden, gehört nur ein Gewerbeschein dazu, um Maler- und Anstreicherarbeiten übernehmen zu können. Farben, Pinsel, Töpfe und Leitern sind schon auf den Brotmannskredit herabgesunken, und sobald die nötige Arbeit vorhanden ist, genügt es, um das Firmenschild eines Malermeisters über die Haustüre zu hängen. Herr Obermeister Hansen hat den Vorschlag auf Schließung der Werkstätten ab 1. Januar auch den Arbeitgebern in Rheinland-Westfalen gemacht und zwar als offizieller Vertreter des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, wohl als einen „Auszug“ aus dem seit fertigen Kriegspläne, wie er auf dem Malertage in Dresden vorgelegen hat, und prompt brachte die hiesige Presse bereits die Schauermär von dem großen Streik, der 120 000 Malergehilfen in Deutschland umfassen würde, der aber nur einige Tage dauern könne, weil (?) — in der Masse des roten Gehilfenverbandes nur 570 000 Mt. flüssig seien.

Während Herr Hansen die Ausperrung in Hamburg als einen Mißerfolg bezeichnet, wird diese von dem Scharfmacher Bummert und Konsorten als ein gar gewaltiger Erfolg hingestellt und zweifellos würde auch „Er“ niemals zugeben, daß derartige Ausperrungen im Baugewerbe ohne Erfolg seien, wenn er selbst mit daran beteiligt wäre. Obwohl der Lohnkampf in Berlin 1906 mit einer Lohnerhöhung von 10 % durchgeführt wurde, feiert „Er“ immer noch seinen Kartellvertrag zwischen Hamburg und Berlin als das grundlegendste Werk für die Gründung des Arbeitgeberverbandes und die Niederwerfung des roten Gehilfenverbandes. Die Ausperrung in Rheinland und Westfalen vom Jahre 1907, zu einer Zeit, wo der Dalles des Arbeitgeberverbandes noch nicht so groß war wie heute, vermochte kaum die Zahl von 700 Gehilfen zu erfassen, die innerhalb drei Wochen auf ein Minimum herabfiel. Die Ausperrung in Süddeutschland vom Jahre 1908, die zweifellos von einem etwas besser organisierten Arbeitgeberverband unter voller Unterstützung des Hauptverbandes in Szene gesetzt wurde, vermochte nur 35 % Prozent der Arbeitgeber für die Ausperrung zu gewinnen. Der Arbeitgeberverband konnte es nicht hindern, daß von den 3063 ausgescherten Gehilfen am Schluß der vierten Woche die Zahl auf 2040 herabgesunken war. Alle diese Vorgänge sind für den Obermeister gar gewaltige Erfolge und alle Tatsachen heisste liehentlich tanzt er in schwindelnder Höhe den Kriegstanz.

Es bleibt dabei, am 1. Januar 1910 werden sämtliche Malerbetriebe in Deutschland geschlossen, wenn nicht ein Tarifvertrag nach dem Muster des Obermeisters von Hamburg zustande kommt! So will „Er“ es, der kleinere, etwas weniger mächtige Führer vom Arbeitgeberverband im Malergewerbe. Punktum

Eine Verhöhnung der Gesetzesbestimmungen, die zur Bekämpfung der Bleibergiftung im Malergewerbe erlassen worden sind.

In einem vom Internationalen Arbeitsamt preisgekröntem Wert über die Bekämpfung der Bleibergiftung im Malergewerbe schreibt Dr. Sommerfeld:

„Die außerordentlich große Gefahr, welche die chronische Bleibergiftung für Gesundheit und Leben der Arbeiter heraufbeschwört, nicht minder die Häufigkeit, mit der sie gerade unter den Malern, Anstreichern und Lackierern in die Erscheinung tritt, sowie schließlich die Erfahrung, daß in dem durch das Blei geschwächten Organismus der Tuberkelbazillus *) einen geeigneten Nährboden findet, lassen es als eine dringliche Pflicht der Gesellschaft und des Staates erscheinen, alle Maßnahmen zu treffen, welche dieser Berufsgefahr wirksam entgegenzutreten geeignet sind.“

Die auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung am 27. Juni 1905 erlassenen Bundesratsvorschriften verlangen u. a. von den Arbeitgebern, daß sie für Wascheinrichtung durch Lieferung von Seife, Handtüchern und Nagelbürsten Sorge zu tragen haben. Wir hatten schon oft Gelegenheit, darauf hinzuweisen, mit welcher Unversorgtheit die Arbeitgeber diese nur das Minimalste bietenden Bestimmungen ignorieren und zu umgehen suchen. Obwohl es gesetzliche Bestimmungen sind, bedurfte und bedarf es fortwährend der ganzen Macht der Hilfsorganisation, um diesen Vorschriften einigermaßen Geltung zu verschaffen. Mit welcher Niedertracht und Gemeinheit es von den Arbeitgebern versucht wird, diese wenigen Schutzbestimmungen zu bekämpfen, zeigt uns wiederum die „Süddeutsche Malerzeitung“ in ihrer letzten Nr. 42.

In einem sog. „Brief aus Schilba“, in dem einleitend einer gewissen Sorte von Meistern eine Kapuzinerpredigt gehalten wird, darf natürlich auch eine Verurteilung der von Gehilfen gestellten Forderungen nicht fehlen. Die dankbaren Gehilfen überreichen da dem Meistervorstehenden, nachdem sämtliche Forderungen bewilligt worden waren, eine „Dankadresse“, in der u. a. die Bundesratsvorschriften zur Bekämpfung der Bleibergiftung wie folgt glossiert werden:

Die Inschrift ist umrahmt von einem zierlichen Rankenornament, durch welches sich Handtücher in Form von Spruchbändern und in graziosen Faltenwurf hindurchziehen. An dem Gestir der Ranken sind, symmetrisch verteilt, die bekannten Nagelbürsten aufgehängt, die wie Gängeblüten wirken. Auf den Spruchbändern resp. Handtüchern sind sinnreiche Sprüche angebracht, so lesen wir z. B. auf dem obersten, das quer durch die Ranken gespannt ist: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr!“ Unter der Inschrift ist ein Raum frei gelassen, der als idealer Wasch- und Ankleideraum ausgestattet ist. An der mittleren Wand ist ein moderner Waschtisch mit Spiegelaufsatz, sowie mit Kalt- und Warmwasserleitung aufgestellt. Der Waschtisch selbst ist reich ausgestattet mit allen modernen Toilettegegenständen, auf die ein Malergehilfe Anspruch hat. Hinter dem zurückgeschlagenen Vorhang sehen wir einen mächtigen Arm mit „Steinhäcker“ und eine Schachtel mit „Nippelhuber“, jedenfalls bei plötzlich auftretender Bleistift als Präservativmittel zu verwenden.

Daß alljährlich Tausende und Abertausende von Gehilfen an Bleibergiftung erkranken, alljährlich Hunderte dem frühzeitigen Tode oder dem Siechtum verfallen, scheint den Arbeitgebern wenig Sorge zu machen, weil sittliche und soziale Pflichten dem Unternehmertum unbekante Dinge sind. Gesehliche Bestimmungen, mögen sie noch so berechtigt sein, werden mit Füßen getreten, sobald sie auch nur eine geringe finanzielle Ausgabe verursachen. — Wir wissen wohl eine geistreiche Satyre zu schätzen, und verstehen auch, warum die Schriftleitung der „S. M.“ ihre Feder auf diese Art zu belehren sucht, wie es richtigen Schiltbürgerern zukommt. Immerhin sollte man von einer modernen Schriftleitung erwarten, daß sie weiß, was die einfache Schillichkeit erfordert, denn vom Erhabenen zum Däherlichen ist oft nur ein einziger Schritt.

Erwischt. Im Restaurant „Eiskeller“, dem Vereinslokal der Essener Maler-Znning, spielt sich am 14. Oktober d. J., abends 8 Uhr, folgender Vorgang ab: Um diese Zeit fand sich eine Anzahl der führenden Arbeitgeber im hiesigen Malergewerbe ein, was weiter nicht verwunderlich gewesen wäre, wenn sich nicht zu gleicher Zeit der hiesige Angestellte des christlichen Malerverbandes auch eingefunden hätte. Da derselbe sonst nie im obigen Lokal verkehrt, war es begreiflich, daß die zufällig anwesenden freien Verbandsmitglieder Verdacht schöpften. Einer unserer Kollegen fragte den Schulz so beiläufig, ob vielleicht eine Sitzung der Arbeitgeber stattfände. Darauf tat dieser ganz erkaunt: Eine Sitzung? Was sollte das für eine Sitzung sein? Mittlerweile begaben sich die Arbeitgeber in ihr Sitzungszimmer, darauf empfahl sich auch Schulz unter dem Vorgeben, nach Hause gehen zu wollen. Jeder unbefangene Mensch hätte ihm dieses auch ohne weiteres geglaubt. Jedoch Erfahrung macht klug. Sch. ging nun nicht nach Hause, sondern hielt sich eine Zeit lang in der Schützenstraße auf, kam wieder zurück, sah sich beobachtet und schwankte rechts in die Reußstraße ab. Stehenbleibend gewährte er den Beobachter nicht mehr und im Eilschritt, die Straße rechts und links hinabschauend, verschwand er im Seiteneingange zum „Eiskeller“, zur traulichen Aussprache mit den Arbeitgebern. Um nun auf alle Fälle die Anwesenheit von Schulz festzustellen, warteten unsere Kollegen das Ende der Sitzung ab und postierten sich an den verschiedenen Strahnen. Nach einer starken halben Stunde geht leise die Seitentür auf, ein Kopf schaut heraus, prüft die Straße auf und ab, ein Satz und Schulz steht mitten auf der Straße, wendet sich wiederum der Schützenstraße zu, sieht dort einen Verbändler postiert, macht kehrt und eilt die Reußstraße hinauf. „Guten Abend, Schulz“, ertönt es. Er sieht sich erkannt, ruft guten Abend zurück und eilt weiter. Aber o weh, schon wieder verpörrt ein Verbändler ihm den Weg. Jetzt gibt es kein Ausweichen mehr, er muß Stebe und Untstör stehen. Auf die Frage unseres Kollegen, was er in der Sitzung getan habe, erwidert er lakonisch: „Nichts“ und drückt sich. Was hatte die geheime Zusammenkunft des christlichen Bezirksleiters mit dem Znningvorsitzenden nun zu bedeuten? Zum Teil dürfte bekannt sein, daß der Vorstand der Maler-Znning-

Frankenkasse anstelle des verstorbenen Mendanten Schlenker unsern Kollegen Schulz zum Mendanten der Kasse gewählt hat. Auf eingelegte Beschwerde einiger Arbeitgeber ist die Uebergabe der Kasse an den neuen Mendanten Kollegen Schulz von der Aufsichtsbehörde vorläufig unterjagt worden, mit welchem Rechte, wird das eingeleitete Verwaltungsstreitverfahren wohl ergeben. Unsere Christen, die bekanntlich in der Kasse „nix zu leggen“ haben, scheinen sich nun mit den protestierenden Arbeitgebern solidarisch erklären zu wollen, erklärte doch Schulz in einer privaten Unterhaltung, „auch sie seien mit der Person des gewählten Mendanten nicht einverstanden“. Anstatt daß die Christen es ebenfalls begrüßten, daß endlich mal ganze Arbeit in der Kasse geleistet, daß die Neorganisation derselben unsererseits energisch durchgeführt, daß den Arbeitgebern ihr Maßregelungsbureau aufgeplottet im Bunde mit dem verpörrten Znningvorsitzenden, die Mendantenstellung einem Arbeitgeber zuzuschlagen. Wenn jemals das Verhalten christlicher Gewerkschaftsführer ein schloßes war, dann in diesem Falle. Wenn uns je der Beweis gefehlt hätte, daß die christlichen Gewerkschaften im Grunde genommen nur als eine Schutztruppe der Unternehmer zu bewerten sind, hier wäre dieser vollständig erbracht. Dieser ganze Vorgang läßt aber auch allerlei Kombinationen bezüglich der bevorstehenden Tarifverhandlungen aufkommen. Eine derartige Niedertracht, eine solche Schuttligkeit christlicher Gewerkschaftsführer muß jeden rechtlich denkenden Menschen mit Verachtung für diese Gesellschaft erfüllen! Psiu Teufel! über solche Christlichkeit!

Ein Beitrag zur „Khebung des Malergewerbes“. Nachstehenden wörtlichen Kostenanschlag reichte vor kurzem ein Malermeister ein:

- Pastorhaus.
- Die Barren zweimal mit Oelfarbe streichen . . . 2.—
 - Die Süder-Wohnstube neupapieren . . . 3.—
 - Dieselbst 2 Türleiten 1 mal nach Kap. streichen . . . 2.—
 - Dieselbst 4 Fenster mit Blenden vorstreichen und 1 mal ganz streichen . . . 3.20
 - Dto. Fußboden 2 mal streichen . . . 5.—
 - Dto. Ofennische nach Tapete . . . 1.—
 - Die Decke einmal kalten, dann mit Leimfarbe weiß streichen . . . 2.—
 - 10 Fach Fenster ausbessern, dann einmal ganz streichen von außen . . . 6.—
 - Die Vordermauer mit Farbe ausbessern und 1 mal ganz ölen . . . 6.—

Nebetrug Mt. 29.70

- Schule.
- Stubendecke 3 mal mit Oelfarbe streichen . . . 10.—
 - Dto. Fußboden vorstreichen und 1 mal ganz str. . . 5.—
 - Wohnstube Fußboden dto. . . 5.—
 - 6 Fenster von innen 1 mal vorstreichen und ganz . . . 3.—
 - Die Einfriedigung vor der Tür 2 mal streichen . . . 1.—
 - Die Gartenpforte dto. . . 60

24.60

Summa 54.30

(Unterschrift.)

Jedes Wort der Kritik an einem solchen Geschäftsgebahren ist überflüssig. Berechnungen nach Maß sind für diesen „Meister“ böhmische Dörfer, er rechnet so „durchschnittlich“ oder nach „Augenmaß“. Zur näheren Beleuchtung sei nur noch erwähnt, daß die Stubendecken $3,50 \times 4,50$ groß sind, Tapeten waren 14 Rollen nötig, die Fenster (8 Scheiben) sind 1,60 m hoch und 1 m breit, dazu kommt noch, daß 6 Scheiben eingesetzt werden mußten, ohne extra bezahlt zu werden.

Znningstrankenkassen-Herrlichkeit. Am 6. Oktober beschloß in Hamburg eine außerordentlich schwach besuchte Maler-Znningversammlung, um die Zwangsstrankenkasse der Znning lebensfähig zu machen, die Beiträge herauf- und die Leistungen der Kasse herabzusetzen. Die Beiträge sind in der 1. Klasse, die für unsere Kollegen in Frage kommt, von 10 S auf 12 S pro Tag erhöht; das Krankengeld der 1. Klasse von 2.40 M auf 2.— M herabgesetzt und außerdem ist die dreitägige Karenzzeit eingeführt worden. Die Znningversammlung faßte obige Beschlüsse, obwohl die vorausgegangene Generalversammlung der Strankenkasse nur die Beitrags-erhöhung beschlossen hatte, dagegen aber die Herabsetzung der Leistung abgelehnt. Also die Generalversammlung beschließt und die Znning dekretiert über den Kopf der Generalversammlung hinweg. Aber so ist es, unsere Kollegen sind Zwangsmitglieder und haben dementprechend auch „nix zu legen“. Der Gedanke, durch Minderleistung eine Strankenkasse lebensfähig zu machen, ist ja an sich durchaus unsozial, aber auch recht unlogisch. Durchführbar ist er nur bei Zwangsmitgliedern, denen das Selbstbestimmungsrecht genommen ist, freiwillige Mitglieder würden sich schonstens bedanken für eine solche Kasse.

Fulda. Am Samstag, den 9. Oktober, fand die erste gut besuchte Mitgliederversammlung der Filiale statt. Kollege Pirsch aus Frankfurt referierte über den „Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter“. Der Redner schilderte in eingehender Weise die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und wie sich mit deren Erstarkung der Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Tarifverträge immer mehr erweiterte, so daß heute im Maler- und Tünchergewerbe die Mehrzahl der Kollegen zu tariflichen Bedingungen arbeitet. Das, was in so vielen Städten Deutschlands möglich war, meint der Referent, müßte auch in Fulda möglich sein. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Fulda sind gegenüber den anderen Städten noch äußerst rückständig, so daß es dringend nötig sei, diesen ersten Schritt zur Besserung zu unternehmen. Dies liege nun an den Kollegen von Fulda selbst, je früher sie sich dazu entschließen, ihre Kräfte zusammenzufassen, und durch die Organisation dieses Ziel zu erstreben suchen, um so früher wird es möglich sein, den organisatorischen Einfluß auch in Fulda zur Geltung zu bringen. Diese Ausführungen wurden von den Anwesenden, unter denen sich auch einige christlich organisierte Kollegen als Gäste befanden, mit Beifall aufgenommen. Von den christlich organisierten Kollegen erklärten drei Kollegen sofort ihren Uebertritt zu unserem Verband. Nachdem noch die Wahl des Vorstandes vorgenommen war, wurde die interessant-

Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, daß nunmehr die Agitation nach besten Kräften von jedem Anwesenden betrieben werde, um so die Filiale bald auf eine ansehnliche Höhe zu bringen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Eine planmäßige organisierte Volkserbuddung will das Zentrum neuerdings mit erneuten Kräften in Szene setzen, wie aus einem Zirkular hervorgeht, das die Würdigen-Glabbacher Lügenfabrik herumwirft. Das Zentrum schreibt wendet sich an sämtliche Zentrumsvertreter, die aufgefordert werden, die christlich-nationalen Arbeiter über die Finanzreform und die Steuerpolitik des Zentrums aufzuklären. „Diese Aufklärung zu bieten“, schreibt der Unterzeichner des Zirkulars, Reichstagsabgeordneter Dr. Bieder, „ist in besonderem Maße Aufgabe der Arbeiterwähler der Zentrumspartei. Der Unterzeichnete schlägt deshalb im Einvernehmen mit maßgebenden Personen aus diesen Kreisen folgenden Aktionsplan vor, von dessen Durchführung auch Sie hierdurch gebeten werden.“

1. In Kürze wird der Volksverein ein zweites Steuerflugblatt herausgeben, das sich kräftig gegen die sozialdemokratische Steuerhebe richtet. Dieses Flugblatt muß, wie auch das erste, gemeinsam von den Geschäftsführern des Volksvereins und den Arbeiterssekretariaten systematisch in allen Bezirken verbreitet werden.

2. Wichtiger jedoch als Flugblatt und sonstige Schriftverteilung sind aufklärende Versammlungen, in welchen eine gut vorbereitete Diskussion stattfindet.

Die Versammlungen, die möglichst reine Arbeiterversammlungen sein sollen, und in denen Zentrumsabgeordnete sprechen werden, sollen von der Zentrumsleitung am Orte oder im Bezirk oder von dem Volksverein einberufen werden. Die Vorbereitung soll wie folgt vor sich gehen: Zunächst nehmen die Empfänger dieses Rundschreibens in den einzelnen Bezirken Rücksprache mit dem Vorstehenden der Zentrumspartei des Kreises und mit dem Kreis- bezw. Bezirksgeschäftsführer des Volksvereins, damit diese Herren informiert sind und keine Kollision zwischen den Arbeiterversammlungen einerseits und den Versammlungen der Zentrumspartei und des Volksvereins andererseits stattfindet. Diesen Herren muß die besondere Bedeutung und Unentbehrlichkeit von Arbeiterversammlungen im gegenwärtigen Augenblick klargelegt werden. Sodann ist alsbald eine große Vertrauensmännerversammlung einzuberufen, zu der solche Arbeiter einzuladen sind, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und in den Arbeitervereinen, in den christlichen Gewerkschaften, im Volksverein und in der Zentrumspartei in hervorragendem Maße tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlung hat die nachfolgende große Arbeiterversammlung in allen Teilen gut vorzubereiten. Vorbedingungen des Gelingens der Versammlung ist zahlreicher Besuch. Für diesen Besuch muß persönlich nachdrücklich geworben werden. Dazu dienen Handzettel. Hier und da hat es sich auch bewährt, Eintrittskarten zu 10 Pf. während einer Woche vor der Versammlung eigig verkaufen zu lassen, da erfahrungsgemäß die Käufer dann auch zur Versammlung kommen. Ferner muß die Diskussion gut vorbereitet werden. Geeignete Diskussionsredner sind vorher zu gewinnen, ebenso ist festzulegen, welche Punkte in der Diskussion hervorgehoben werden sollen, z. B. der Zweck, den die Sozialdemokratie im Bezirke mit ihrer Steuerhebe verfolgt, die unehrlichen Mittel, deren sie sich bedient; diejenigen Einzelheiten der Finanzreform, welche am Orte besonders erörtert werden, sind in der Diskussion besonders zu beleuchten. Neben

sich Sozialdemokraten zum Worte, so soll man dieselben sprechen lassen. Man stelle der Sozialdemokratie frei, einen Diskussionsredner längere Zeit nach dem Referenten sprechen zu lassen, ebenso später sich durch andre Parteigenossen, wenn auch in kurzen Zeitstrichen, an der Diskussion abwechselnd beteiligen zu lassen. Jedenfalls würde es unangebracht sein, Gesuche der Sozialdemokratie um Beteiligung an der Diskussion einfach abzulehnen. Selbstverständlich wird man nirgendwo speziell die Sozialdemokraten zur Beteiligung an der Versammlung und Diskussion förmlich einladen.“

Das Zentrum bestrebt offenbar einen Massenabfall der Arbeiterwähler — die letzten Wahlen haben ihnen einen heilfamen Schrecken eingejagt — und deshalb bemüht es sich krampfhaft, den Sachverhalt zu verbunkeln und seinen gemeinen Arbeiterverrat hinter Schimpfereien auf die Sozialdemokratie zu verdecken. Aber es wird kein Mist haben mit seiner Lügenpolitik.

Neutralität der Behörden. Im Verlaufe der Lohnbewegung der Tischler und Maschinenarbeiter in Magdeburg kam ein Schreiben eines Fabrikanten, der ganz Tagelöhner, aus dem hervorgeht, daß die Magdeburger Polizeibehörde anscheinend sehr wenig zu tun hat und daher auch über Zeit und Mühe verfügt, den Herren Streikbrechern, die man sonst im gewöhnlichen Leben als moralisch minderwertige Menschen bezeichnet, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die bewußte Stelle in dem Brief an einen Streikbrecher in Danzig belagt darüber folgendes: „Sollten Sie vielleicht wider Erwarten mit einem Nachzug eintreffen und von jemand gefragt werden, ob Sie Tischler sind, dann bitte ich Sie, das zu verneinen und sich behufs Auskunft an die auf dem Bahnhofe bestehende Polizeiwachstube, Bahnsteig 4, zu wenden, dort wird Ihnen die nötige Auskunft erteilt.“

Und dabei leben wir in einem Rechtsstaate, dessen Kaiser mal gesagt hat, die Beamten müßten unparteilich sein und den Arbeiter nicht anders behandeln als den Unternehmer. Man merkt leider nichts von dieser Unparteilichkeit.

Das Kasseler Gewerkschaftshaus ist in Konkurs geraten. Der Zusammenbruch ist auf Schwierigkeiten zurückzuführen, die daraus entstanden sind, daß es der Baugesellschaft nicht möglich war, außer der ersten Hypothek in Höhe von 300 000 Mt. weitere Hypotheken zu beschaffen. Infolgedessen war die Zinsbelastung der Baugesellschaft so groß, daß sie — trotz des ausgezeichneten Geschäftsganges — ihren Verpflichtungen nicht nach-

*) Von je 100 Sterbefällen ereigneten sich in der Zeit von 1893 bis 1904 284 = 42,7 Proz. durch Lungentuberkulose.

Kommen konnte. Als mit dem Baue begonnen wurde, war den Beauftragten der Gewerkschaften von vertrauenswürdigster Seite die Beschaffung von Hypothekengeldern bestimmt versprochen worden. Diese Versprechungen wurden nicht gehalten oder besser gesagt, konnten nicht gehalten werden, weil eine furchtbare wirtschaftliche Krise einsetzte, die bis auf den heutigen Tag andauert und viele geschäftliche Unternehmungen, auch in Posen, verwickelt hat. Alle Bemühungen des Vorstandes der Baugenossenschaft, Hypotheken zu beschaffen, waren vergeblich. Den Posaener Gewerkschaften weitere Opfer an dauernden Beiträgen aufzuerlegen, um die laufenden Verpflichtungen decken zu können, erschien unzulässig, da alle Sanierungsversuche als aussichtslos angesehen werden mußten, nachdem sicher feststand, daß Hypotheken in ausreichender Höhe nicht zu bekommen waren, die Bauschulden aber zurückverlangt wurden.

Der Mißerfolg dieses gewerkschaftlichen Unternehmung ist im Interesse der beteiligten Arbeiter und der Arbeiterbewegung überhaupt sehr zu bedauern. Wäre es nicht möglich gewesen, daß die Gewerkschaften die nötigen Bauschulden herbeibringen hätten? Da der Geschäftszweig ein guter war, wäre eine normale Verzinsung zu erwarten gewesen. Aber leider stecken die Arbeiter ihre Spargroschen mit Vorliebe in kapitalistischen Unternehmungen.

Die Agrarier heuten arme Weiberkinder aus. Als im Jahre 1908 im Herbst die Zahl der gewerblich beschäftigten Kinder infolge der verschlechterten Lage des Arbeitsmarktes und des damit verringerten Arbeitsverdienstes der Eltern stieg, hat man auf den Schutz des Kindes im Regierungsbezirk Oppeln um so sorgfältiger geachtet. Das war gut und recht. Wie die Berichte der Gewerkschaft und Aufsichtsbearbeiter nachweisen, ließ aber die Kinderbeschäftigung „angesehen der trostlosen Lage“ in der Weiberei sehr nach und es traten zahlreiche Weiberkinder in die landwirtschaftliche Kinderarbeit ein. Bei der Vorsicht, die den amtlichen Berichten eigen ist, läßt es tief blicken, wenn es dort heißt: „Leider wurde bei der landwirtschaftlichen, an sich gesunden Beschäftigung bisweilen die jugendliche Arbeitskraft in kaum verantwortlichem Maße ausgenutzt.“ Diese vorsichtige Bemerkung eröffnet einen Ausblick in einen Abgrund von Kinderelend. Die armen Weiberkinder, die der Fabrikhölle entflohen und in die Klauen der Agrarier gefallen sind, sind wirklich vom Regen in die Traufe gekommen.

Ein Lob aus dem Munde des Gegners. Ein bayrischer Professor, der im Nebenamt Zentrumsabgeordneter ist, tat in einer Versammlung folgenden Ausspruch: „Die Sozialdemokratie geht im allgemeinen darauf aus, daß sie den Mitgliedern des vierten Standes ihre Lebenshaltung zu verbessern sucht. Sie geht darauf aus — das ist ihre Tendenz — die Arbeiter zu heben und zu schützen gegen die Übermacht des Kapitals. Ich meinerseits betrachte schon längst die Sozialdemokratie nach dem, was sie leistet und, meine Herren, geleistet hat sie schließlich doch auch schon etwas, sie war hinter den anderen Parteien her und hat sie gebracht, die Sozialreform energischer in Angriff zu nehmen und das Menschengemüchte durchzuführen. Ich leugne auch nicht, daß die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum in der Weise eingewirkt hat, daß dieses energisch und entschieden die Regierung zur Durchführung der Reformen drängt.“

Leider hat dies Drängen nicht viel genützt, denn das Zentrum bemüht sich krampfhaft, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken.

Der Postminister Kräfte als Arbeiterfreund. Der Vorsitzende des Telegraphenarbeiterverbandes, Ballenthin, ist von Herrn Kräfte gemahregelt worden. Und zwar aus folgenden Gründen: Die deutschen Telegraphenarbeiter, die in einem nationalen, staatsstreuen Verbände vereinigt sind, waren der Meinung, es sei der geeignete Zeitpunkt da, um in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie glaubten nämlich, nachdem die Beamten infolge der Teuerung aller Lebensmittel eine Gehaltsaufbesserung bekommen hätten auch ein Recht auf Lohn-erhöhung zu haben. Die sog. Finanzreform mutet ja dem Volk neue schwere Lasten zu. Sie traten an die Postverwaltung mit dem Antrage heran, die Löhne etwas aufzubessern. Diese fangen jetzt mit Mk. 3,50 an und steigen bis Mk. 4,75. Die Aufbesserung sollte 25 bis 50 Pfg. betragen. Sicher ein bescheidenes Ansinnen. Die Ausschüsse des Verbandes wurden vorstellig bei den Oberpostdirektionen. Nicht einmal die berühmten Erwägungen wurden angestellt. Die Oberpostdirektion lehnten glatt ab. Natürlich verlegte das. Darauf kündigten die Ausschüsse eine Protestversammlung auf den 19. September an. Am 18. wurde Herr Ballenthin vorgeladen, er solle die Versammlung abgeben. Dies wurde abgelehnt. Es war ja auch schon viel zu spät dazu. Ballenthin erstattete Bericht und legte den einfachen Sachverhalt dar. Was tut nun die Behörde? Sie verlangte am 21. von dem Redner, er solle seine Ausführungen widerrufen! Der Herr sollte außerdem öffentlich erklären, daß die Zustände bei der Verwaltung derart günstig seien, daß zu der Kundgebung ganz und gar keine Veranlassung vorgelegen hätte! Glücklicherweise gehörte Ballenthin zu den Männern, die ihr Gewissen und ihre Treue gegen ihre Kollegen über die Wünsche von oben stellen. Darauf erfolgte die Kündigung zum 5. Oktober.

So achtet Herr Kräfte das Koalitionsrecht und den Mannesmut seiner Untergebenen. Er will über Sklaven herrschen.

Die Arbeiter leisten nichts in der Praxis! Wie häufig kann man diesen Vorwurf hören, wenn über die „praktische Unfähigkeit“ der sozialistischen Arbeiter geredet wird. Neuerdings verstimmt es immer mehr, weil besonders auf dem Gebiete der Arbeitergenossenschaften die Erfolge unverkennbar sind. Diese Erfolge werden auch von den Gegnern anerkannt. So heißt es in dem Jahresbericht der von den Konservativen geleiteten landwirtschaftlichen Genossenschaft Sachsens: „Die Konsumvereine sind als sozialdemokratische Pflanzstätten betrachtet, aber in geschäftlicher Hinsicht geradezu vorbildlich gelehrt, so daß unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften gewiß noch manches von ihnen lernen können.“

Dies Urteil wollen wir uns merken und wir wollen es denjenigen unter die Nase reiben, die von der „Unfruchtbarkeit“ der modernen Arbeiterbewegung zu erzählen wissen.

Die Erfolge der Abstinenzbewegung. Die Bestrebungen auf Erziehung des deutschen Volkes zur Abstinenz von geistigen Getränken haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Namentlich in der Arbeiterkategorie findet die Abstinenzbewegung eine immer wachsende Anhängererschaft. Wenn auch die hergestellte Menge geistiger Getränke bis jetzt noch keine Abnahme erfahren hat, so ist doch dank dieser Bewegung das auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quantum an beratigen Getränken zurückgegangen. Seinen Höhepunkt hatte der Verbrauch geistiger Getränke wohl im Jahre 1901. In diesem Jahre kamen im Deutschen Reich insgesamt 2 449 800 Hektoliter Branntwein und 70 995 000 Hektoliter Bier zur Versteuerung und somit zum menschlichen Genuß. Das ergibt auf den Kopf der Bevölkerung 4,4 Liter Branntwein und 125 Liter Bier. Im Jahre 1908 wurden 2 389 600 Liter Branntwein und 73 461 000 Hektoliter Bier versteuert. Damit entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 3,8 Liter Branntwein und 118 Liter Bier. Immerhin noch eine ganz erhebliche Menge, doch ist ein Rückgang nicht zu verkennen. Was den Branntwein anbelangt, so ist die in Deutschland hergestellte Menge nicht geringer geworden; abgenommen hat nur die Einfuhr ausländischen Branntweins infolge der Erhöhung des Eingangszolles vom 1. Juli 1900 ab. So wurden z. B. im Jahre 1898 insgesamt 37 000 Hektoliter ausländischen Branntweins eingeführt, im Jahre 1908 aber nur noch 29 200. Betreffs des Bieres ist es bemerkenswert, daß der Verbrauch desselben auch in sonst recht „trunkfesten“ Ländern abgenommen hat. Vom Jahre 1900 auf das Jahr 1907 verminderte sich der Verbrauch von Bier auf den Kopf der Bevölkerung in Bayern von 248 auf 240 Liter, in Württemberg von 193 auf 169 Liter, in Baden von 170 auf 158 Liter usw. Die erfreulichste Erscheinung ist jedenfalls die Abnahme des Branntweingenußes. Hauptsächlich trägt der Beschluß des Leipziger Parteitagès auf Boykott desselben dazu bei, daß der Verbrauch noch weiter herabgeht. Der Kampf um bessere hygienische Lebensbedingungen findet seine wirksamste Unterstützung und Krönung in der Niederrückung des Alkoholkonsums. Eine ungeahnte Verminderung der Krankheiten und der Sterblichkeit wird damit Hand in Hand gehen.

Ein Bild aus dem Gegenwartstaate. Auf einer Fehlfahrt bei Klein-Sturzac, in der Nähe des ostpreussischen Städtchens Rhein, war der Hirt und Viehhütter Karlich mit seiner Ehefrau von dem Besitzer aus der sogenannten „Dienstwohnung“ geweiesen worden, weil er den Born des gnädigen Herrn durch ein unbedachtes Wort erregt hatte. Der arme Mann, der mit seiner Frau nicht obdachlos auf der Landstraße herumstreichen wollte, machte sich im Walde an einem Vorgehäng eine Erdhöhle zurecht. Hier hauchten die Vertriebenen 14 Tage lang. Da starb die Frau an den Folgen der Entbehrungen, die sie erdulden mußte. Besonders war es, wie der Arzt feststellte, die in der Höhle vorhandene schlechte Luft gewesen, die der ohnehin schwächlichen Frau den Rest gegeben hatte. Das ist doch wirklich ein erhebendes Bild aus dem christlichen Gegenwartstaate der Junker. Und da gibt es noch Arbeiter, die sich vor dem Zukunftstaate fürchten!

Das ist natürlich kein Terrorismus. In den Landtagsverhandlungen, die sich mit der Wafflerung der vier sozialdemokratischen Berliner Landtagsmandate beschäftigten, wurde sehr beweglich über den sozialdemokratischen Terrorismus bei den Landtagswahlen geredet, und gerade freisinnige Abgeordnete waren es, die am lautesten in Entrüstung machten. Da ist es nun interessant, auch einmal etwas vom Freisinnsterrorismus zu hören. In der „Staatsbürger-Ztg.“ finden wir eine Betrachtung über die bevorstehenden Berliner Stadtverordnetenwahlen. In dieser Betrachtung werden auch die Aussichten erörtert, die die Antisemiten und Konservativen diesmal haben. Es wird darauf hingewiesen, daß die sogenannte „Bürgerpartei“ früher im Rathaus durch sechs Stadtverordnete vertreten gewesen sei, heute aber über keinen einzigen mehr verfüge. Als Grund für diese Tatsache wird der von den Freisinnigen geübte Terrorismus bezeichnet. Es heißt in dem Artikel wörtlich: „Man muß einmal die Stadtverordnetenwahlen in Berlin mitgemacht haben, um diesen Freisinnsterrorismus zu verstehen. Da sitzen am Vorstandstisch im Wahllokal der freisinnige Schiedsman, der freisinnige Armenvorsteher, der freisinnige Bezirksvorsteher, der liberale Faktor, ja namentlich existiert auch noch der freisinnige Polizeileutnant, wie wir es vor kurzem in Moabit erlebt haben. Der konservativ-antisemitische Handwerksmeister, Gewerbetreibende, Beamte oder christliche Arbeiter kommt sich diesen Herren gegenüber buchstäblich vor wie das Lam in im Löwenkäfig! Man hat es nicht einmal, nein, hundertfach erlebt, daß sogar Mitglieder konservativer Bürgervereine bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen aus Furcht um die Existenz ihrer Familie zähmelnd liberal gestimmt haben. „Was sollen wir machen“, ist dann gewöhnlich die Antwort des Schuhmachereinsters, Schulze, des Schneidemeisters Müller oder des Zigarrenhändlers Behmann, wenn man sie deshalb zur Rede stellt. „Wir sind im Herzen alle Antisemiten und Konservative. Wenn wir aber heute nicht freisinnig wählen, dann heken uns die Herren Liberalen morgen die Hundschweif aus dem Gesäß!“

Und wieviel Angehörige des Mittelstandes, die innerlich völlig rechts stehen, bleiben aus Furcht vor der unersöhnlichen Rache des Freisinn überhaup zu Hause! Die Geschichte des Berliner Kommunal-Liberalismus ist geschrieben mit dem Namen der getöneten, geprellten und mundtot gemachten Mittelstandes, ist durchtönt von den Seufzern der niedergedrückten Anhänger des christlich-nationalen Gedankens und durchzogen mit Hunderten von Beweisen traurigster Unfähigkeit, die unsere städtische Schuldenlast zu nie dagewesener Höhe emporgetrieben hat!

Der Mann, der das Obige geschrieben hat, scheint Bescheid zu wissen. Man erzieht daraus, welcher Heuchelei der Freisinn fähig ist, der sich über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus entrüstet! Er hält es mit dem unverbesserten Epithubentwurf, bei der Verfolgung aus Beibestrafen „haltet den Dieb“ zu schreien! Wertwiegend ist es, daß gerade die schlimmsten Terroristen sich am meisten über den Terrorismus der — ändern entrüsten. In dieser Beziehung können sich Freisinnige, Nationalliberale, Konservative, Christlich-Soziale und Ultramontane die Hand reichen. Aber über den Terrorismus der Arbeiter schimpfen sie alle.

Gerichtliches.

Den Scharmachern ein Dorn im Auge ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts Hannover, Assessor Dr. Warmbold, der neulich die Streitbrecher — allerdings nur eine bestimmte Sorte — für moralisch minderwertige Menschen erklärte. Nun hat dieser von den Unternehmern meistgehaßte Richter ein neues Verbrechen begangen. Wie die Unternehmerpresse berichtet, hat er den „blauen Montag“ prämiert und eine Prämie gesetzt auf die Faulheit der Arbeiter. Das hannoversche Scharmachersblatt brachte nämlich folgende Notiz: „Die Feier des blauen Montags“ kein Entlassungsgrund? Vor dem hiesigen Gewerbegericht klagte ein Schachtmeister gegen einen Baunternehmer auf Zahlung einer Lohnentschädigung in Höhe von 84 Mark wegen Entlassung ohne Kündigung und gesetzlichen Grund. Der Beklagte erklärte, daß der Kläger an einem Tage die Arbeitsstelle unbefugt verlassen und Schützenfest gefeiert habe. Der Kläger entgegnete, an dem betreffenden Tage seien morgens nur wenige Arbeiter zur Stelle gewesen, mit denen er die vorgeschriebenen Arbeiten nicht habe ausführen können. Die fehlenden Arbeiter seien in einer anderen Kolonne tätig gewesen. Da habe er denn geglaubt, mal zum Schützenfest gehen zu dürfen. Das Gewerbegericht war der Ansicht, daß ein gesetzlich wichtiger Entlassungsgrund nicht gegeben sei, wenn man bei Mangel an Arbeitsgelegenheit mal fortgehe. Das Schützenfest sei an einem Montag gefeiert. Es sei in Handwerkskreisen üblich, daß „blauer Montag“ gemacht werde. Wenn das, wie im vorliegenden Falle, einmal geschehen sei, so sei eine solche Feier des „blauen Montags“ noch nicht als unbefugtes Verlassen der Arbeit zu betrachten. Der Beklagte wurde zur Zahlung von 84 Mark verurteilt.“

Jeder Sachkenner wird sich beim Lesen dieses „objektiven“ Berichtes gefragt haben, daß der Berichterstatter bloßsinn niedergeschrieben hat, um dem Gewerbeichter etwas am Beuge zu flicken, und in der Tat erfolgte denn auch prompt folgende Berichtigung seitens des Angegriffenen: „Nach einem Artikel in der seitigen Nummer Ihrer Zeitung, überschrieben: „Die Feier des blauen Montags kein Entlassungsgrund?“, soll das Gewerbegericht in seiner letzten Verhandlung der Ansicht gewesen sein, es sei in Handwerkskreisen üblich, daß „blauer Montag“ gemacht werde. Es ist unwahr, daß eine derartig unsinnige Ansicht in gleichem oder ähnlichem Sinne hier vertreten ist. Es ist ferner amtlich festgestellt, daß der Urheber jenes Artikels in der fraglichen Sitzung überhaupt nicht anwesend war. Warmbold.“

Hieraus ergibt sich, daß der betreffende Tintenschreiber in der Sitzung gar nicht anwesend gewesen ist, sich die Begründung des Urteils aus den schwierigen Fingern gesagen hat. Das Gewerbegericht hat ganz richtig gelagt, daß der Kläger, für den keine Arbeit da war, die Arbeitsstelle verlassen durfte, aber der Berichterstatter verdreht den Sachverhalt in gemeinster Weise. Aber das allergeringste ist, daß die Scharmacherspresse trotzdem ihre Darstellung aufrecht erhält; sie glaubt ihrem Berichterstatter, der der Verhandlung nicht beigewohnt hat, mehr, als dem Gerichtsvorsitzenden. Da fragen wir denn: Wer ist es eigentlich, der die deutsche Rechtsprechung in den Dred zieht und mit Schmutz bedirft? Und wir antworten: Das Scharmachertum verhöhnt Recht und Gerechtigkeit, wenn sie sich nicht zu Dirnen des Unternehmertums machen wollen.

Baugewerbliches.

Zur Beachtung!

Unter Hinweis auf die Anweisungen im Juni soll im November dieses Jahres eine allgemeine Kontrolle der Winterbauten vor sich gehen. Um allen Anforderungen nachzukommen, wird dringend ersucht, die Zahl der benötigten Fragebogen bei dem Unterzeichneten umgehend zu bestellen.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterlohn.

F. A. G. Heinke.

Hamburg, Wesenbinderhof 56.

Vom Ausland.

- Oesterreich.** In Graz sind die Lackierwerkstätten Blühme, Urschik und Necmahen gesperrt.
- Ungarn.** Nach Nagyböras (Groswarden) ist Zug u fernzuhalten. — Die Franz Schloßhütte Leitenvergoldungsfabrik und die Antreiberwerkstätte Johann Felberbaum in Budapest bleiben gesperrt.
- Kroatien.** In Agram ist die Werkstätte Braun gesperrt.
- Schweiz.** Gesperrt ist Winterthur.

Der Kampf in Schweden geht weiter. Alle Brücken sind abgebrochen, und nichts deutet darauf hin, daß es in absehbarer Zeit zum Friedensschluß kommen könnte. Die Haltung der Arbeiter ist fortwährend musterhaft. Sie haben die neue Taktik ihrer verantwortlichen Funktionäre vollaus begriffen, obgleich darüber in der Presse keine Zeile geschrieben wurde. Der Ton der Unternehmerorgane ist immer noch sehr gereizt — ein Zeichen dafür, daß sie mit der Situation wenig zufrieden sind. Die Aussperrung erfaßte insgesamt etwas über 80 000 Arbeiter. Nach dem Ergebnis der offiziellen Zählungen der vorigen Woche waren noch 63 000 Arbeiter am Kampfe beteiligt. Demnach ist es der Arbeiterschaft mit ihrer neuen Taktik gelungen, die Aussperrung zu durchbrechen. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die Ausgesperrten und die Streikenden so zu unterstützen, daß sie sich über Wasser halten können. Die Unternehmerorganisation hat nun an die Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingung geknüpft, daß die betreffenden Arbeiter ihren Unwillen aus der Landesorganisation der Gewerkschaften erklären müssen! Charakteristisch für die Verlogenheit der schwedischen Unternehmerrührer und ihrer Preberzeugnisse ist der Versuch, das Ausland über den Grund des Scheiterns der Verhandlungen zu beschwindeln. So hat der schwedische Arbeitgeberverein zum Beispiel an die deutschen und österrreichischen Unternehmerzentralen telegraphiert, die Verhandlungen seien gescheitert, weil die Arbeiter sich weigerten, das Recht der Unternehmer bezüglich der Anstellung nichtorganisierter Arbeiter und der Verteilung

der Arbeit in den Betrieben“ anzuerkennen. Das ist direkt erlogen! Die Verhandlungen scheiterten vornehmlich, weil die Unternehmerführer weitgehende prinzipielle Forderungen stellten, die mit dem gegenwärtigen Kampfe gar nicht zu tun hatten, darunter die Forderung der Verantwortlichkeit der Organisationen für die Handlungen ihrer Mitglieder, Schadenerschaftpflicht, Ausschlußpflicht usw., nicht zu vergessen die Bestimmung, wonach Beschlüsse der Organisationen in Fragen der gewerkschaftlichen Aktion nur mit 2/3-Mehrheit gefaßt werden dürften und dergleichen mehr.

Das Recht der Unternehmer, die Arbeit zu leiten und zu verteilen und die Arbeiter einzustellen, ist nie angefaßt worden. Nur verlangen die Arbeiter Sicherheit gegen Maßregelung der Organisationsangehörigen. Solche Garantien waren ja zum Teil in dem Vorschlage der Unternehmer selber enthalten. Zweifellos hätte man in dieser Frage auch eine Einigung erzielen können, aber der ganze Entwurf der Unternehmer zu einer „Verhandlungsordnung für künftige Konflikte“ war berart angelegt, daß eine Einigung einfach unmöglich war, weil zu so weitgehenden Abmachungen nur ein Kongreß der Gewerkschaften die Vollmacht erteilen könnte. Und auch der nur unter der Voraussetzung der Zustimmung der einzelnen Verbände. Dem sei nun wie ihm wolle — der Vertrag ist nicht zustande gekommen, und ob die übermächtigen Unternehmer bei einem Guerillakrieg besser fahren, das bleibt noch abzuwarten.

Ein eigentümliches Licht auf die modernen „Wohlfahrts-Einrichtungen“ des kapitalistischen Unternehmertums wirft es, daß ein Minister, der zugleich Vorsitzender einer größeren Aktiengesellschaft ist, ausgesperrte Arbeiter zum Winter aus ihren Wohnungen hinauswerfen läßt. Die offizielle Schamlosigkeit kann eben nicht weiter gehen, als wenn regierende Minister zu gleicher Zeit Vorsitzende von Unternehmungen sind, die ihre Arbeiter ausschließen und sie obendrein aus den Wohnungen erzwingen. So steht eine „über den Parteien“ stehende Regierung aus — und nicht ein einziges bürgerliches Blatt hat wider diese Gemeinheit etwas einzuwenden!

Liebet eure Feinde, tut Gutes denen, die euch hassen. Diese Forderung des großen Nazareners hat wieder einmal jämmerlich Schiffbruch gelitten und zwar in dem fromm-katholischen Lande Spanien. Dort, wo Ritter und Pfaffen und Mönche in edlem Wettstreit das arme unvlässende Volk verdrängen und ausrauben, dort hat man einen Mann wider Gesetz und Recht zum Tode verurteilt und hingerichtet, der das Verbrechen begangen hatte, das Volk aufzuklären. Ferrer, ein Freidenker, ein freiheitlich gesinnter Mann, der Leiter und Organisator der freien Schulen, ist von seinen Richtern des Hochverrats für schuldig erklärt worden. Ein Schrei der Entrüstung durchbraust die Welt und überall in den Kulturländern wird der Abscheu geäußert gegen eine solche Schandtat. Nur die Zentrums-Presse, die sich die christliche Liebe nennt, bringt es fertig — aus reiner christlicher Liebe! — das Opfer des verfaulenden Pfaffenregiments mit Schmutz zu bewerfen.

So schreibt der „Meggensburger Anzeiger“, ein Zentrumsblatt, folgendes: Ferrer ist von Rechts wegen erschossen worden. Doppelt und zehnfach hat er den Tod verdient, und in Wahrheit ist er ein viel größerer Verbrecher als ein Mörder, der etwa ein Duzend Menschenleben auf dem Gewissen hat. Denn er hat durch Wort und Tat Angezählten den Glauben aus dem Herzen gerissen, sie zu Revolution, Mord und Plünderung verleitet und ist bei manchem schuld, der deswegen das Schafot betreten mußte. Da hilft all der widerliche Protest unsrer modernen Liberalen und Radikalen nichts gegen den „Sukkomor“. Von Rechts wegen hat dieser ruchlose tausendfache Mörder sein Verbrechen mit seinem Blute gebüßt. Ferrer hat den verdienten Tod durch die Angel gefunden, er, der geistliche Missetäter der letzten blutigen Revolutionsgrenze und des letzten allgemeinen Klostersturmes in Spanien, er, der die Massen auf die Straße geholt hat, die Gewehre und Geschütze der Truppen, er, der das Blutvergießen verschuldet hat, er, der die Hinrichtung mancher Unschuldiger und Verbrechen auf dem Gewissen hat, er, der seine Fahnen planmäßig durch seine sogenannte moderne Schule der Revolution den Boden geebnet hat. Für einen solchen Verbrecher schaut sich die liberale und sozialdemokratische Presse nicht, Stimmung zu machen und die urteilslosen Massen gegen die Autorität der Gerichte und des Staates aufzuheizen! Es war höchst notwendig, daß einmal ein abschreckendes Beispiel gegeben wurde. Nochmals sagen wir es, auch auf die Gefahr hin, von dem rohen Humanitätsmob beschimpft zu werden: Für eine solche Bestie in Menschengestalt vermag sich die liberale und sozialdemokratische Presse zu ereifern! Warum wohl? Der Grund ist sehr einfach; weil Ferrer das Haupt der antiklerikalen Bewegung in Spanien war und weil er der geistliche Urheber des letzten großen brutalen Klostersturmes war!

Es ist eine Schmach und Schande, daß eine deutsche Zeitung so etwas zu schreiben wagt. Diese Sprache zeigt uns aber, wohin wir gelangen würden, wenn die schwarzen Nachtraubbögel wieder die Macht bekämen in Deutschland.

Frankreich. Bereits am 14. Oktober haben die Marzelle-Maler nach vorherigem Beschluß die Arbeit wieder aufgenommen. Nichts ist festgelegt, alles der Gnade der Unternehmer ausgeliefert. Die, welche ihren Schiffen den Franken Löhnerhöhung zahlen wollen, werden es tun, solange sie dringende Arbeiten zu erledigen haben; die andern lassen's eben. Sieben Wochen Kampf um nichts, lautet also das Fazit. S. B.

Technisches.

Patentsachen. Vom Verbands-Patentbureau D. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei.

Angemeldete Patente:

- Nr. 75 a. G. 26 797. Vorrichtung zum selbsttätigen Bemalen von Konfekten und ähnlichen Gegenständen. Clemens Graaff, Berlin, und Hans Mikorey, Schöneberg. Ang. 25. 4. 08.
- Nr. 75 c. G. 25 990. Farbzerstörer, bei dem das Farbmittel und das Luftmittel durch einen Nebel gesteuert werden. Zul. a. Num. G. 24 100. W. Graaff

& Comp. und Hans Mikorey, Schöneberg b. Berlin. Ang. 11. 12. 07.

Erteiltes Patent:

Nr. 75 c. 215 655. Zerstäuber für dickflüssige Farben mit von rückwärts gegen eine Einschnürung des Farbkanals gepreßtem Ventile. Wilhelm Schwarz, Nürnberg. Ang. 20. 12. 08.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 75 c. 389 952. Skizzen-Rahmen. Gg. Günther, Breslau. Ang. 1. 7. 09.
- Nr. 75 c. 390 727. Mustertupfer für Malerzwecke, bestehend aus einem Körper mit Handgriff und Böchern zur Aufnahme von Schwämmchen. Zul. Schweikart, Leipzig. Ang. 5. 7. 09.
- Nr. 75 c. 391 335. Für verschiedene Größen einstellbares Schablonengestell für Maler. Ad. Schimmel, Eichwald b. Teplitz. Ang. 28. 7. 09.

Fachliteratur.

Das Oktoberheft der Deutschen Malerzeitung Die Mappe ist ein Spezialheft der Handwerker- und Kunstgewerbe-Schule Krefeld und bringt eine Reihe muster-gültiger, fein abgestimmter Vorlagen für Decken, Wandrelie und Wandmuster. Im textlichen Teil bringt ein orientierender Artikel alle weitere Auskunft hierzu; Emil Eichlers interessante Artikelserie über „Stilquellen“ wird sicherlich den Lesern allgemein Beachtung finden. Der Abonnementspreis dieser bekannten Zeitschrift beträgt vierteljährlich 3 Mk. Verlag von Georg D. W. Callweh in München.

Die Glasbildmalerei. Ein Leisfaben zur Herstellung schöner und dauerhafter Glasbilder, nach einer vom Verfasser in langjähriger Praxis erprobten Methode. Herausgeber: M. B. Kohnert, Hamburg, Eiffestr. 37. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, im vorliegenden Heftchen eine leichtfaßliche, auf praktischen Erfahrungen beruhende Anleitung zu geben, wie die Herstellung eines Glasbildes vor sich gehen muß. Aus dem Inhalt heben wir hervor: die nötigen Hilfsmittel, Pauste, Glanzgold, Glanzsilber, Mattgold, Mattsilber und matt mit Aluminiumbrunze, Abdecken des Goldes, das Kraus-Verfahren. Das Heftchen ist vom Verfasser zum Preise von 3 Mk. zu beziehen.

Literarisches.

Von dem Werk: Geschichte der deutschen Zimmererbewegung ist soeben der erste Band in neuer, verbesserter und vermehrter Auflage erschienen. Das Werk, das mit zu den besten der deutschen Gewerkschaftsliteratur überhaupt gehört, verdient in den Kreisen der organisierten Arbeiter die weiteste Verbreitung. Selbstverständlich darf dies Werk in keiner Arbeiterbibliothek fehlen, aber auch den Kollegen, die selbst eine Büchersammlung haben, möchten wir empfehlen, Bringmanns Geschichte der deutschen Zimmererbewegung sich zuzulegen, da das gebundene Exemplar für 3 Mark (Porto 30 P.) durch die Hauptkasse zu beziehen ist. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten.

Protokoll der Bauarbeiterschuh-Konferenz für die Provinz Hessen-Nassau, abgehalten am 5. September 09 zu Frankfurt a. M. Mit einer tabellarischen Beilage: Erhebungen über die Arbeiterbeschäftigung im Baugewerbe in Hessen-Nassau i. J. 1909. Preis 10 P. Verlag der Bauarbeiterschuhkommission in Frankfurt a. M. U. Kaiser, Alleeheilgenstr. 51.

Die Brandstiftung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland. Von S. Karzki. Verlag der Leipziger Buchdruckerei N.-G., Leipzig. Preis 50 P. Zur rechten Zeit, wo das Volk von neuem am eigenen Leibe die Wirkungen dieses infamen Steuer-systems fühlt, erscheint diese höchst empfehlenswerte Broschüre, die in klarer, zusammenfassender, verständlicher Weise schildert, wie das Volk durch indirekte Steuern gebrandschäft wird. Möge das Schriftchen die weiteste Verbreitung finden.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 12.—18. September 1909. Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders: Schmapshofst — Erbschaftsteuer — Maifeier — Internationaler Kongreß — Reichsversicherungsordnung. Preis brosch. 1,25 Mk., geb. 1,75 Mk. Auf gutem holzfreien Papier brosch. 2,50 Mk., geb. 3,50 Mk. Zu beziehen durch alle Parteispeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Protokoll der 3. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Abtinenten-Bundes, abgehalten zu Hannover, Pfingsten 1909, nebst Bericht an die Delegierten. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abtinenten-Bund, S. Michaelis, Berlin D. 17, Langestr. 11.

Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft, durch geprüfte Lehrer, die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto, richtet man an Louis Flaß, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.

Deutscher Rhinographenverband 1907—1909. Protokoll über die Kongreß-Verhandlungen vom 14. bis 17. Juni 09 im Gewerkschaftshaus zu Kassel. Verlag: Der Verbandsvorstand in Berlin.

Deutscher Transportarbeiterverband. Protokoll des 6. Verbandstages, abgehalten vom 6. bis 12. Juni 1909 im Rathöverbräu zu München. Verlag der Buchhandlung „Courier“ in Berlin SO. 16, Engelauer 21.

Verband der Tapezierer u. v. D. Deutschlands. Protokoll des 4. ordentlichen Verbandstages, abgehalten vom 18. bis 22. Juni 1909 im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Preis 10 P. Verlag von S. Splietz, Berlin SO. 16, Spänerstr. 49.

Biblische Geschichten. Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, soeben eine Broschürenserie zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll. Verfasser ist der Genosse Max Maurenbrecher. Heft 1, Schöpfungsgeschichten, gelangte soeben zur Ausgabe. Das Heft enthält folgende Kapitel: Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Mann und Weib. — Die Geschichte vom verlorenen Paradies. — Die Geschichte von der Schöpfungswache. Jedes Heft kostet 1.— Mk. Volksausgabe 0,40 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungspeditionen und Kolportage. Prospekte auf Wunsch gratis und franco vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Das Material für die Reiseunterstützung wird mit der folgenden Nummer des „Vereins-Anzeiger“ versandt. Die schwarzen Reiselegitimationen werden wie bisher nur auf besondere Bestellung zugesandt. In den Orten, wo solche nicht oder nur in ungenügender Zahl vorhanden, ersuchen wir umgehend die Bestellung vorzunehmen.

Das Mitglied Anton Schmid, Buchn. 111 902, wurde auf Grund des Statuts § 7 Abs. c durch die Zahlstelle Lübingen ausgeschlossen.

Die Erhebung eines Winterwochenbeitrages von 25 P. wird den Filialen München und Rosenheim bestätigt.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen Georg Spitz, Buchn. 27 258, bez. bis 39. Woche 09 (Stuttgart); Willy Better, Buchn. 61 618, bez. bis 23. Woche 09 (Braunschweig); Emil Bromme, Buchn. 61 681, bez. bis 39. Woche 09 (Gera); Emil Herbe, Buchn. 28 089, bez. bis 37. Woche 09 (Dresden); Herm. Wuchheim, Buchn. 44 387, bez. bis 35. Woche 09 (Härwald); Alfred Danke, Buchn. 43 420, bez. bis 30. Woche 09 (Berlin); Albert Markus, Buchn. 34 954, bez. bis 41. Woche 09 (Düsseldorf). Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassa vom 12. bis 18. Oktober.

Eingefandt wurde für die Hauptkassa: Falkenstein A 207,85, Osnabrück 532,75; Hildesheim 114,65; Thorn 210, Karlsruhe 600, Flensburg 284,15, Frankfurt a. D. 592,70, Düren 156,75, Hagen 225,10, Cuxhaven 100, Necklinghausen 185,05, Mannheim 1090,37, Zwickau 302,02, Neidenhall 129,85, Lindau 164,40, Sonderburg 42,75; Birmaßens 64,15, Delitzsch 80, Neugersdorf 150, Rosen 200, Freiburg 200, Necklinghausen 91,55, Finsterwalde 153, Mieb 100, Stettin 925,30, Augsburg 250, Friedberg 320, Cassel 800, Leipzig 1600, Lissa 118,67, Rößlin 91,40, Tilsit 237,40, Nachen 438,88, Siegen 274,75, Hirschberg 83,40, Bamberg 168,75, Lörrach 128,10, Raabsthal 79,50, Singen 280,85; Brandenburg 481,50, Darmstadt 1360,55, Dortmund 619,95, Cassel 368,87, Halle 560,32, Plauen 85,56, Hamm 127,30, Essen 647,90, Lüdenscheid 155,30, Hamburg 12 672,85, Spandau 1002,10, Dresden 9109,65, Kiel 2442,87, Eberswalde 404,45, Breslau 884,45, Görtlich 141,90, Heidelberg 398,60, Waldenburg 33,30, Eisenburg 84,40, Wismar 34,30, Kronach 57,50, Emden 98, Wschaffenburg 56,80, Schweinfurt 136,90, Greiz 185,55, Detmold 71,75, Göttingen 87,45, Stuttgart 1241,32, Münster 63, Elberfeld 405,58, München 5489,65, Nürnberg 2889,15, Mainz 1815,45, Frankfurt a. M. 7236,45, Berlin 24 399,90, Peife 33,20, Heustadt a. S. 297,35, Straßburg 330, Magdeburg 620,62, Oldenburg 350, Siegen 500, Schwewe 734,85, Jngolstadt 92,35, Friedberg 30,95, Wiesbaden 2721,25.

Für den Vereins-Anzeiger: München 4 Mk.

Berichtigung. In voriger Nummer muß es heißen statt Nowawes 334,90 Botstam 334,90.

Hiermit schließe ich die Einnahmen für das dritte Quartal. Alle Gelder, welche von jetzt an eingehen, können in der Abrechnung des dritten Quartals nicht mehr verrechnet werden, sondern erst in der Abrechnung des vierten Quartals.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. P. = Protokolle. Ex. = Extra-Marken. K. = Kalender. M.-M. = Marken-Mappen. D. = Duplikats-Marken. Br. = Broschüren. V.-M.-M. = Vereins-Anzeiger-Marken. F. = Futterale.

Mtenburg 30 P.; Wschaffenburg 100 B. a 50 P., 400 B. a 25 P.; Augsburg 30 P.; Berlin 10 M.-M.; Bremen 10 000 B. a 20 P.; Breslau 6000 B. a 25 P., 400 B. a 20 P.; 108 P. (8 nach Eisenberg gesandt); Cassel 30 P.; Köln 300 P.; Cottbus 25 P.; Cuxhaven 400 B. a 30 P.; Darmstadt 2000 B. a 60 P., 4000 B. a 25 P.; Düsseldorf 50 P.; Essen 2000 B. a 60 P.; Finsterwalde 200 B. a 50 P., 400 B. a 20 P.; Frankfurt a. M. 12 000 B. a 60 P., 20 000 B. a 25 P., 100 C.; Freiburg 2000 B. a 30 P., 30 P.; Graubenz 25 P.; Halle 200 B. a 50 P., 120 P.; Hamburg 50 D.; Hannover 100 P., 10 Br.; Hannover 100 P., 10 Br.; Hirschberg 100 B. a 50 P., 400 B. a 20 P., 20 C.; Karlsruhe 2000 B. a 60 P., 4000 B. a 25 P., 100 C., 50 P.; Konstantz 25 P.; Rößlin 100 Ex.; Sandberg 400 B. a 50 P., 12 P.; Leipzig 6000 B. a 60 P., 1200 B. a 35 P., 10 000 B. a 20 P.; Liegnitz 2000 B. a 20 P., 200 B.-M.-M.; Lindau 200 B. a 50 P., 400 B. a 25 P., 15 P.; Lübeck 200 Ex.; Mühlhausen 500 B. a 50 P., 50 P.; München 5000 B. a 60 P., 10 000 B. a 25 P., 120 P.; Peife 15 P.; Nowawes 400 B. a 60 P., 1200 B. a 20 P.; Osnabrück 200 B. a 55 P., 600 B. a 20 P.; Forzheim 100 B. a 60 P., 400 B. a 25 P., 30 P.; Queblinburg 800 B. a 20 P.; Rathenow 10 P.; Necklinghausen 100 B. a 60 P., 400 B. a 25 P., 10 D.; Neidenhall 50 Ex.; Rosenheim 600 B. a 25 P., 10 D., 10 P.; Saarbücken 1 M.-M.; Schwerin 15 P., 50 Ex.; Siegen 200 B. a 65 P., 1 Br., 10 P.; Sonderburg 20 P.; Spandau 30 P.; Stettin 4000 B. a 25 P., 50 C., 300 Ex.; Straßburg 2000 B. a 25 P., 50 P.; Stuttgart 12 000 B. a 60 P., 300 C., 400 Ex., 150 P.; Waldenburg 30 P.; Wiesbaden 80 P.; Wismar 100 B. a 60 P., 400 B. a 25 P.; Würzburg 25 P.; Zwickau 1 Br. (a 60 P.), 30 P.

Berichtigung. In voriger Nummer muß es heißen: Düren 400 B. a 20 P.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschland

(Eingetragene Gutsstaße Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 10. bis 16. Oktober 1909.

Ueberschüsse wurden von den örtlichen Verwaltungen eingesandt von Mayer-München A 600, Mathelm-Galberstadt 100, Ruppe-Magdeburg 75, Scheid-Hamburg (Barmbeck) 150, Schiller-Charlottenburg 500, Meibius-Nowawes 155, Heinde-Mtenburg S.-M. 100, Schulze-Spandau 100, Roher-Ablerhof 100, Benz-Dranienburg 100, Münger-Wandshöf 80, Siebert-Esfurt 200, Ehinger-Konstantz 100, Egger-Flensburg 100, Wolckersdorf-Finsterwalde M.-S. 50, Trabert-Eiemach 40, Wagner-Rückred 30, Gaubitz-Deffau 57,73, Interemann-Dresden 800, Deller-Stuttgart 150, Buchholz-Manteneße 150, Krebs-Cassel 429,29, Kühle-

mann-Lorgau 58.78, Naupach-Girchberg i. Schl. 50, Dorchers-Sachsa 50. Gulsch wurde abgehandelt für die örtliche Verwaltung in Schweidnitz an Geißler A 50. Krankengelder erhielten Buchn. 19741 W. Möbins in Wallerstein i. Bay. A 18.50, Buchn. 15984 D. Brint in

Neustadtgebens A 27, Buchn. 26907 W. Hartmann in Göbbrichen i. Bad. A 18.50, Buchn. 8081 S. Wahl in Niegel i. Bad. A 31.50, Buchn. 3304 F. Voge in Gevelsberg i. W. A 13.50, Buchn. 28557 W. Tharann in Saarbrücken A 13.50, Buchn. 34752 G. Trummow in Velten i. Mark A 11.25, Buchn. 28010 G. Urst in Breslau

A 18.50, Buchn. 28724 G. Bech in Groß-Bohrau b. Forst i. Sauffh A 40.50. In Gelle ist eine Verwaltungsstelle errichtet. Bevollmächtigter: U. Wienecke, Am heiligen Kreuz 18; Kassierer: C. Mundt, Blumlage 48. S. S. Dulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Unsere Herberge und Verkehrslokal befindet sich im Restaurant „Eiboll“, Dstl. Karl Friedrichstr. 37. (M 0.80) Filiale Porzheim.

Kollege Herm. Laesch (Buchnummer 49180) wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Filiale Potsdam gegenüber bis zum 1. November 1909 nachzukommen, widrigenfalls die Sache zur Anzeile gebracht wird.

Sollte betreffender Kollege in einer Filiale auftauchen, bitten wir, uns sofort Nachricht zu geben. (M 2.—) Filiale Potsdam.

Wer über den Aufenthalt des Kollegen Ernst Sievers (M 1.40 geb. 28. 10. 87 (B.-Nr. 45 754), Mitteilung machen kann, wird gebeten, dieses der Filiale Braunschweig, Werder 12, zu übermitteln. S. war bis Nov. 08 in Gschweiler.

Kollegen, die den Aufenthalt des Kol. Max Kamko, geb. 25. Juli 1870 in Breslau, wissen, werden ersucht, die Adr. sofort der Filiale Posen zu melden. (M 1.—) St. Camilenski, Gnetzenaustr. 43.

Kollege Ernst Naujok wo bist Du? Gib Deine Adresse an Fritz Kirstein, Königsberg i. Pr. Sachheim r. Str. 125.

In allen Arbeiten erfahrener, durchaus selbständig arbeitender Wagenlackierer für Straßenbahnwagen sofort gesucht. Dauernde Stellung. Westfälische Kleinbahnen Akt.-Ges. Letmathe i. W.

Tüchtige Reisende zum Vertrieb von kunstgewerblichen Fach- u. Lebewerken u. Utensilien bei hoh. Rabatt 30-40% oder gegen festes Gehalt sofort gesucht. Zu besuchen sind Architekten, Maler, Gewerbl. Lehranstalten, sowie andere Kunstgewerbtreibende. 100 Mk. Kaution erforderlich. Offerten unter T. Z. 50 an die Expedition dieser Zeitung.

Plakatauslast, Schilder- und Möbel-lackerei in Berlin W. wegen Abreise für 250 Mk zu verkaufen. Anfragen unter Biffer 4 an Postamt 15, Berlin W.

Malerschule Buxtehude Beste Schule für Dekorationsmaler. 1907 wieder goldene Medaillen und Ehrenpreise. Progr. d. Direktor Eiserweg.

Malerschule Hameln a. d. Weser Fischbäderstraße 46 Staatlich genehmigt. Bedeutende Erfolge in der Dekorations-, Holz- u. Marmormalerei, ferner Buchführung, Vorträge. Es wirken verschiedene erste Spezial-lehrkräfte in getrennten Lehrfächern. Prospekte kostenlos durch die Schulleitung.

Malerschule für Holz- und Marmor-Imitation von A. Pritschau, Dammberg (Bayern.) Gründliche in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kursus vom 15. November 1909 bis 1. März 1910. Prospekt gratis.

Malerschule Wilh. Schütze HAMBURG Bei dem Strohhause 12. Prospekt gratis. Akt -Zeichnen und Malen nach männl. und weibl. Modellen. 3 Abende wöchentl. von 7-9 Uhr Mk. 2.—, Sonnt. von 9-11 Uhr Mk. 1.—. Eintritt jederzeit.

Abend-Kursus in Holz- u. Marmormalerei dreimal wöchentlich u. Sonntags, Monat 11 Mk. A. Clauss, Allee 228, Altona, nahe Flora.

Malerkalender für 1910

Verausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. — 9. Jahrgang. Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pfennig. Bei Partiebezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Filialverwaltungen das Stück zu 55 Pfennig berechnet, sobald 5 Pfennig für Kopportagekosten verbleiben. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung. Jeder Einzelbestellung sind 10 Pfennig für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind direkt an den Vorstand zu richten.

Die grossen Erfolge

welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.

Schule für Holz- und Marmormalerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5

Lindenstrasse 19. Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

Deutsche Fachschule

Holz-u. Marmormalerei

FLeisten Dinsburg

Vom 1. Oktober bis 1. April Tages- und Abendkurse. Einfachste und sicherste Technik.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondlin

Mahler & Co., Bamberg II.

Erstkl. Kölner Fachschule

für Holz- und Marmormalerei, Stoff-imitation und moderne Techniken von Georg Haaf, Köln, Hachenerstrasse 49. Prämiert: Köln 1905, Malertag Itzehoe 1908 für 8 Schülerarbeiten, Malertag Graudenz 1908 für hervorragende Leistungen, Malertag Gera 1909 für 11 Schülerarbeiten. Schule der mod. Richtung. Keine Zeitverschwendung. Leistungsfähigste Schule am Platze. Beginn 1. November. Illustrierter Prospekt gratis. Eintritt jederzeit.

I. Bergische Spezial-Fachschule für Holz- und Marmormalerei

Carl Reichenberg, Romscheid-Hasten (Rheinld.) Inhaber vieler Ehrendiplome, Medaillen und I. Preise. 5 Schüler erhielten 1909 wieder höchste Auszeichnungen, Ehrendiplome, Staatspreise etc. zuerkant. Illustrierter Prospekt frei. — Erfolg garantiert.

Malerschule Gotha

Wirklich praktische Schule. Mässiges Schulgeld. — Viele Anerkennungen. Letzte Auszeichnung: Staatspreis Gera 1909. Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.

Achtung Maler!

Kursus in der Glasschildermalerei ert. B. Kohnert, Hamburg, Eiffestr. 37, II. Glanzgold, Mattgold, Silber, sow. körnig Aetzen. Erfolg unter Garantie.

Eine ausführliche Broschüre über die Glasschildermalerei ist zum Preise von Mk. 3.— vom Verfasser zu beziehen. Viele Anerkennungsschreiben.

Malunterricht

für Holz, Marmor, Ornament, Blumen und Landschaft. Erste Lehrkräfte. Honorar billigt. W. Draheim, Berlin-Dönhofstr., Schönstedtstr. 14. Tel. 9463.

Holz- und Marmorschule

von G. Christen, Hamburg, Itlandsstr. 67, II. 2. III. Prospekt gratis!

Tages- und Abendunterricht in moderner Schriftmalerei, sowie Glasschilder

Aetzerei u. Imitation nach neuestem, amerikanischen Verfahren. Gründliche u. praktische Ausbildung garantiert. Meine Methode ist die praktischste u. schnellste Art, daher Konkurrenzlos. Durch wertlos. Buchstudium niemals zu erlernen. Tageskursus Monat 25 Mk. Abendkursus 10 Mk. Anmeldung abds. v. 6-9, Sonnt. v. 9-12 Uhr. E. Fürhoff, Glasätzerei u. Schilderfabrik, Hamburg 3, Wexstrasse No. 11, Vdrhs.

Wollen Sie sich in der Holz- und Marmormalerei gründlich ausbilden, so besuchen Sie die Fachschule von Mathias Nabben, Düsseldorf, Ankerstrasse Nr. 118. Prämiert mit den höchsten Auszeichnungen. Prospekt gratis.

Der Neue Prospekt der Prachtvollen Schülerarbeiten vom Kunstgewerblichen Institut für Maler

H. Schmid-Engweiler, Zürich ist soeben erschienen und gratis erhältlich. Porto u. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S. 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Geesfert i. Westf.

Hammerschlag's Maler-Mäntel

nur eigenes Fabrikat, erprobt. Qualitäten, bequemer Sitz, m. schräg. Taschen, Pinselhalter und Umlegkragen sind die besten!

III. Qualität Mk. 2,50
II. " " 2,75
I. " " 3.—
Nessel-Hosen u. Jacken per Stück Mk. 2.—
Drell-Hosen u. Jacken p. St. Mk. 2,50 u. 3.—

Als Mass erbitte Rückenbreite eines Jackets, Kittellänge oder Militärgrösse. Versand gegen Nachnahme.

Berufskleidungsfabrik Julius Hammerschlag

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 36

Büding's Maleranzug

„In Einem“ D. N. G. M. Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit. Vollkommenster Anzug der Welt. Generalvertrieb für Deutschland: George Evans Ernst Merckstr. 12 Hamburg.

Maler-Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegkragen. Nur eigenes Fabrikat.

110	120	130	140
cm lang			
jezt 2,75	2,90	3,10	3,25

Hosen aus Reiffstoff 2.— Mk. Mähen 40 S. Drell-Hosen und Jacken à 2,80 Mk. Extra-Größen 3.— Mk. II. Qualität 25% billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 18, I.

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe je einen Satz Greizer, Berliner- und Delfstrichzieher, je einen Satz Munds- und Fischhärnmalpfeifen, einen Dachsbrettreiber, einen Schläger, einen Möbeler, (je 3 Zoll breit), einen Satz Stahl- und Lederkämme (je 10 Zoll), eine Blechpalette, zu Mk 14,50 per Nachnahme.

G. Job, Nürnberg, Tegelgasse 13.

Empfehle den Gewissen mein Fremden-Logis, sowie Mittags- und Abendessen in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Malervereins.

Hermann Stramm

Berlin SO., Ritterstr. 123.

Gasthaus zum Pfalzgrafen

(früher Schlüssel) Heidelberg Kettengasse Nr. 21 Telefon Nr. 1314 Da ich die Herberge der Filiale der Maler übernommen habe, empfehle ich meine geräumigen Lokalitäten mit gut florierendem Fremdenverkehr aufs Beste. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch Verabreichung guter Speisen und Getränke den Herren Kollegen den Aufenthalt in meinem Lokale so angenehm als möglich zu machen. Einem guten Besuche sehe entgeg. Achtungsvollst Franz Jos. Meyer.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 42 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Martl, Hamburg, Schmalenbekerstraße 17. Verlag von G. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 22.

Sehr wichtig! Lesen und aufbewahren!

Warum nur 1 Monat Unterricht in der Spezial-Schule von ??

Fr. Schott, Schwerin i. M. ??

Diese Frage dürfte sich schon mancher Interessent der Holz- und Marmoralei vorgelegt haben, und dürfte es manchem Vorwärtsstrebenden erwünscht sein, obige Frage einmal gründlich beantwortet zu wissen. Schon seit Jahren lautet die Bekanntmachung obiger Schule: „Nur 1 Monat Unterricht bedarf jeder Teilnehmer, um sechs der notwendigsten Holz- oder vier der gangbarsten Marmorarten für die Praxis gründlich zu erlernen.“ Auch wiederholte gegenteilige Behauptungen änderten nichts daran, sondern bewirkten erfahrungsgemäss nur ein schärferes Nachdenken über alle Behauptungen. Eine nicht geringe Anzahl logisch denkender gelangte zu der Ansicht, dass es, um einen Erfolg in kürzester Zeit zu erzielen, im wesentlichen nur auf die Unterrichtsmethode, d. h. auf die Art und Weise ankommen könne, wie der Lehrer jedem einzelnen Schüler alles Notwendige veranschaulicht usw. Und dass die Ansicht dieser Herren die richtige war, davon überzeugte sich jeder schon nach achtstägigem Unterricht, und waren die ehemaligen strebsamen Schüler obigen Instituts nach ihrem Erfolg in der Praxis, laut dankbaren Bekundungen, über „Zweck und Ziel“ dieser Schule nicht im Zweifel.

Welches aber ist der Zweck und das Ziel dieser Schule? Unser Handwerk heben zu helfen!

Es gilt hierdurch heute nicht wie so häufig die Frage: „Wodurch kann unser Handwerk gehoben werden und wieder zu vollen Ehren kommen?“ nur zu erörtern, sondern was weit wichtiger ist, dieselbe eingehend zu beantworten.

Was Dr. Utitz über „Stil“ im Maiheft 1909 „Innen-Dekoration“ (Darmstadt, Verlag A. Koch) sagt, dürfte auch in obiger Frage Anwendung finden, und führte Schott in einem Vortrage unter andern aus:

„Wir alle können selbst zur Hebung unsres Handwerks ein gut Teil beitragen. Mangelte es uns hier etwa an klarer Einsicht und stehen wir dieser so ernsten Frage gar hilflos gegenüber? Ich bin nicht so kleinlich, zu glauben, diesem Problem durch Worte eine Lösung geben zu können, aber mir scheint es nicht unzweckmässig, einige Bemerkungen zu bieten, die vielleicht dem einen oder anderen Anregung geben, an dem grossen Werk nach Kräften mitzuarbeiten, zu unser aller Nutzen, d. h. sowohl für den Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie für den Auftraggeber zu Nutzen. Sehr oft liegt in der Vielbedeutung mancher Worte leider eine grosse Gefahr für klare Erkenntnis und deutliche Verständigung. Solange verschiedener Sinn handgreiflich ist, entstehen keine unangenehme Folgen; werden aber die Beziehungen reicher und verwickelter, so werden selbst ideale Bilder unklar. Die Bedeutungen schillern durcheinander und das Ergebnis ist, dass diese begrifflichen Unklarheiten sich liberal leicht einschleichen und statt gewolltes Gute, Schaden stiften.“

Sagen wir nicht, solche Verknüpfungen seien nur theoretische Gefahren; im Gegenteil, eignes Misstrauen und Verworrenheit wird auch andre verwirren. Wer aber die Erscheinungen eines hohen Zieles in richtiger Beleuchtung sieht und nicht sucht, sie etwa zu entstellen, sondern verständlich zu deuten, wird eher dazu berufen sein, ander durch sein Urteil zu fördern. Man soll aber mit Worten, wie „Hebung des Handwerks“, „Kultur“ usw. nicht wie mit Bällen spielen, denn dadurch verlieren sie alle Bedeutung und sinken zur Tiefe alles Wertlosen herab. Es ist daher nicht nur ein wenig Selbstbesinnung geboten, sondern dringend notwendig.

Das Bedürfnis nach grösserer Ausbildung auf allen Gebieten unsres Berufes macht sich immer mehr deutlich fühlbar und dürfte dieses die Entstehung der vielen Schulen Deutschlands in den letzten 15 Jahren beweisen. Dieses Bedürfnis tüchtiger zu werden, liegt aber nicht nur bei den Schulbesuchern voller Semester, sondern auch noch bei vielen anderen, welche aber bei der Wahl ihrer Väter nicht vorsichtig genug waren und aus diesen — finanziellen — Gründen vom Besuch einer Fachschule fernbleiben mussten. Dass es überall eine grosse Masse gibt, welche, selbst wenn sie alles umsonst erhielten, sich trotzdem vom Besuch einer Schule oder Kursus ausschliessen würden, gleichviel, ob aus Gründen der Trägheit, Grössendünkel oder verkehrter Scham, wird jeder ehrliche Charakter gern zugeben. Um diese aber kann es sich nicht handeln, sprechen dieselben sich dadurch doch selbst das Urteil. Aber jeder aufrichtige Beobachter wird es auch nicht leugnen können, dass unter den Nichtteilnehmern mehr Interessenten vorhanden sind, als man allgemein zu glauben geneigt ist. Mit diesem muss man rechnen, gerade denen muss Gelegenheit geboten werden, eine ersuchte Ausbildung zu ermöglichen.

Wodurch ist dies möglich?
Durch die Einschränkung einer drei bis fünfmonatlichen Unterrichtsdauer, wodurch vor allem jedem strebsamen Maler unnütze grosse Kosten für den sonst so langen Lebensunterhalt usw. erspart bleiben. Ferner dadurch, welches die Ehrenpflicht des Lehrers ist, dass er bei etwaigen nur mässig begabten Schülern mit Liebe alle Kraft daran setzt, in kurzer Zeit auch solche zu brauchbaren Handwerkern für die Anforderungen der Gegenwart auf diesem oder jenem Gebiet heranzubilden, welches möglich ist, denn um brauchbare Handwerker kann es sich auch bei mehrmonatlichem Fachunterricht nur handeln, nicht um Künstler. Das Wort „Künstler“ ist ein höherer Begriff. Diese müssen ge-

boren sein und lassen sich solche also nirgends schaffen. Wenn ich nun behauptete, es seien aus selbst Geringbegabten brauchbare Handwerker zu schaffen, so ist das nicht etwa eine fade Annahme, sondern meine innere Ueberzeugung nach mehrjähriger persönlicher Beobachtung der Tatsachen. Um dieses Ziel bei der Holz- und Marmor-Malerei in kurzer Zeit zu erreichen, kommen verschiedene Punkte dafür in Betracht. Jeder Unterrichtsbeamte, wenn er Anspruch darauf erhebt, ein Lehrer im wahrsten Sinne des Ausdrucks zu sein, hat damit nicht geringe Pflichten und Verantwortung für seine Schüler übernommen. Unmöglich wird es die Aufgabe eines wirklichen Lehrers sein, in der Schule alle Formen und Farben nach gemalten Vorlagen seinen Schülern vorzubuchstabieren und seine Arbeitsweisen und Ansichten als die besten bezeichnen zu wollen. Vielmehr wird er den Schülern mit innerer Ehrlichkeit die vorzüglichste aller Vorlagen, die Natur, dringend vor Augen halten, welche ihres reichen Inhalts wegen am geeignetsten ist, dem Schüler zu Eigensinn und Eigenart, d. h. zu eigenem Sinn und eigener Art zu verhelfen und durch verständiges Erklären aller wichtigen Punkte der Natur wird das Auge des Teilnehmers sehen und seine Sinne diesbezüglich denken lernen. Der Schüler soll Freude gewinnen am begreifen und studieren. „Begreifen aber heisst nicht mechanisch auswendig lernen, sondern richtig auffassen, und studieren nicht stehlen, sondern jede Kleinigkeit der Natur richtig beobachten und erkennen, denn das wesentliche Verstehen ist eine Lebensfrage.“ wie Breuer in „Innen-Dekoration“ sagt.

Also ein Lehrer wird sich nicht damit begnügen, sklavisch kopierte Arbeiten des Schülers als Erfolg seines Wirkens anzusehen, sondern er wird danach streben, dem Schüler zum Suchen nach Besserem auf technischem Gebiete etc. Lust zu machen, um künftig in der Handfertigkeit noch einfachere Mittel und Wege für die Ausführung in der Praxis zu finden als gegenwärtig vorhanden sind.

Dies bedeutet Fortschritt und ist das der Erfolg des Lehrers, wenn er sich später davon überzeugen kann, dass er wirklich der Tüchtigkeit des Schülers und somit auch dem Aufblühen des Handwerks nicht als Totengräber, sondern als Geburtshelfer diene. Wie wir sehen, wird unter diesen Bedingungen das Amt des Lehrers schwieriger als man es zu nehmen gewohnt ist und somit verlangt dieses nach stärkeren intellektuellen Kräften, als häufig im Lehramt unterzukriechen pflegen, wie Breuer sagt. Der Naturunterricht nur kann zur Wahrheit und zum Leben führen, wenn er so erteilt wird, dass er die gewachsenen Formen zu erfassen ermöglicht und den Geist der Schüler befruchtet, um stets Gesetze und Verhältnisse der Natur zu erkennen. Der Gesichtsunterricht ist nicht von geringem Wert, wenn er darauf hinausführt, aus anderen Materialien neue Eindrücke für Schönheit und Verstand zu schaffen, ohne das alte Ehrwürdige zu zerstören, wie z. B. schöne historische Intarsien und ihre Imitationen usw. Der Versuch aber, solche in der Jetztzeit wieder einführen zu wollen, wie „Stile“ aus früheren Jahrhunderten, würde nicht Fortschritt, sondern eine Verstillung der Arbeitsweisen unsrer Vorfahren bedeuten, weil nicht der lebendige Geist des damaligen Zeitalters, sondern eine tote Seele aus solcher Arbeit sprechen würde. Nicht nur die Künstler haben das Recht, sondern auch wir Handwerker haben die Pflicht zu beweisen, auf welcher Kulturstufe wir stehen und es muss daher jeder Lehrer der Jetztzeit danach streben, dass auch seine Schüler lernen, die Welt der Gegenwart so weit und klar zu erkennen, wie einst die Griechen die Welt ihrer Zeit erkannten. Der Schüler soll lernen, welchen Weg er in der gegenwärtigen Zeit einzuschlagen und wie er die Natur anzugreifen und zu erobern hat. Der Lehrer soll also das Sehen und Wollen des Schülers nicht unbewusst verwirren, sondern bewusst entwirren; er soll ihm ein Berater sein und den oft Ratlosen zu klarer Einsicht helfen, auch seine durchblickende Eigenart nicht töten, sondern den gesunden Keim suchen mit Liebe und Aufrichtigkeit gross zu ziehen, denn dies ist die heiligste Pflicht seines Amtes. Wenn der Schüler im Anfang das nicht zu leisten vermag, was der Lehrplan verlangt, so kann dies noch nicht im geringsten als eine mangelhafte Begabung angesehen werden, denn nicht selten kann man, nachdem ein fest schlummerndes Talent wach geworden ist, in diesem zum Schluss den tüchtigsten Schüler erblicken. Ein nachdenkender Lehrer wird mit dem Auffassungsvermögen jedes einzelnen Schülers Fühlung nehmen und ihm seine schwachen und starken Anlagen diesbezüglich bewusst machen, ohne Rücksicht auf Person und Verhältnisse. Nichts bewirkt mehr Aufmerksamkeit, Fleiss und Freude zur Arbeit als solche Ehrlichkeit.

Durch launenhaftes Vorprägen seiner etwaigen Schwerfälligkeit usw. wird der Schüler nur entmutigt und oft wird nicht daran gedacht, dass auch geringe Gaben gepflegt sein wollen. Nicht nur gesunde kräftige Menschen haben das Recht zu leben, sondern auch kranke schwache Kinder werden unter sorgfältiger Pflege nicht selten zum Aufblühen und Gedeihen gelangen. Eine nicht minder wichtige Pflicht des Lehrers ist es, den Charakter des Schülers zu studieren und als sein Allerheiligstes zu achten, denn ein Empfinden hierfür zu haben, macht Wert und den Erfolg des Lehrers aus. Aber auch der Schüler muss sich seiner Pflichten bewusst sein, welche grösste Aufmerksamkeit, Fleiss und Ordnung sind. Ohne diese wird

der Erfolg in kurzer wie langer Unterrichtsdauer und trotz bester Absicht des Lehrers nicht erreicht werden können, daher hat er sich selbst daran zu erinnern:

„Wer schläft, erobert nichts!“
„Ohn' Fleiss, kein Preis!“
„Übung stärkt und macht den Meister!“
„Halt' Ordnung ich, hält Ordnung mich!“
„Dummheit ist keine Sünd', doch eine Schand!“
All dies dringend Notwendige wird den Schüler, ohne etwa seine Freiheit dabei einzubüssen, nicht betreiben können, Schule oder Kurse zu besuchen; im Gegenteil, er wird am Schlusse einsehen, dass der Unterricht ihm ein Vorteil und Vergnügen und keine Strafe war.

Wenn nun ein wohlmeinender Lehrer sich das Ziel steckte, an der Zukunft seines Schülers nach Kräften mitzuhelfen, so darf er aber nicht beabsichtigen, nach eigenem Dünkel das Ziel des Schülers zu bestimmen, denn wo dies ist, weiss der Lehrer nicht. Breuer sagt: „Neutralität ist die höchste Tugend des Lehrers!“ Wohl aber darf der Lehrer die Punkte, die der Schüler auf seinem Wege seiner Begabung nach berühren muss, voraussehen und dafür sorgen, dass das Notwendige und Zweckmässige für die fernere Entwicklung desselben getan ist. Tüchtigkeit ist ein Reichtum, den man nicht verlieren kann. Der Lehrer kann nach eigenen Erlebnissen und trotz alles taktvollen Vorbereitens zwar Unglück nicht verhindern, aber er kann es lindern und er wird dem Schüler durch seine erworbene Tüchtigkeit Mut und Kraft mitgeben, die ihm helfen, alle mehr oder weniger grossen Hindernisse im eigenen Geschäftsleben aus dem Wege zu räumen und helfen, jeglichen Lebenssturm fruchtbar zu machen.

Handelt so jeder Lehrer?
Wenn —, so wird er ein Betreuer des Lebendigen im Schüler, ja ein Führer zum Leben und ein Förderer des Handwerks werden, indem er demselben somit ein besseres Menschenmaterial zuführt, wodurch auch die Würde unsres Handwerks steigt. Dieses langersehnte Ziel dürfte schneller erreicht werden, wenn jeder ordnungsmässig gelernte Maler danach strebt, in seinem Kennen und Können höher als mancher Handwerkspflücker zu stehen und sich entschliesst, mechanische Hilfsmittel, wie z. B. Maserierapparate und sonstiges mehr (womit Privatleute oft schon ebenso geschickt als Anstreicher umzugehen verstehen), zu beseitigen. Diese Hilfsmittel bedeuten für unser Handwerk nicht Leben, sondern den Tod.“

Die Bestrebungen der Spezial-Schule Schott sind, allen Interessenten des Fortschritts in unserm Berufe unter den günstigsten Verhältnissen zu dienen. Durch diese Einrichtung ist auch den jungen Leuten, welche Lust und Liebe zu ihrem Berufe haben und nicht über grössere Mittel zur Absolvierung ganzer Semester verfügen, Gelegenheit geboten, sich diesem schönen Fache auch hingeben zu können, ohne sich über etwaige Schwierigkeiten des Studiums und des Erfolges in der kurzen Zeit Kopfzerbrechen zu machen. Aber auch den Herren, welche über mehr Zeit und Mittel verfügen, ist Gelegenheit gegeben, diese Schule 3 bis 5 Monate besuchen zu können, wie aus dem grossen, reich illustrierten Prospekt der Schule unter „Lehrplan“ deutlich zu ersehen ist. Gar oft wandten sich Herren, welche anderweitig schon längeren Unterricht genossen hatten, an diese Schule und oft musste sie eine mangelhafte Schulung umbilden. Es kostete, falsche Arbeitsweisen zu beseitigen, mehr Mühe, als direkt gute zu übertragen. Das Interesse der Schule „Schott“ ist mit dem aller Schüler, welche sich derselben anvertrauen, um in kurzer Zeit grosse Erfolge zu erzielen, eng verbunden und meldeten sich Herren zur Teilnahme aus weitester Entfernung, wie Dänemark, Oesterreich usw. Auch lehrt diese Schule nicht das Malen von Holz und Marmor mit allen Fehlern und Wertlosen der Natur, wie z. B. viele und grosse Aeste, Splintholz usw., welches Tischler freilich mit Recht vermeiden, wozu sich aber manche Lehrer noch berechtigt glauben, diese besonders oft anwenden zu müssen, sondern sie lehrt, das naturwahr zu imitieren, welches die Natur am schönsten und wertvollsten hervorbringt, und darf sich jeder Interessent versichert halten, dass der Erfolg alles Versprochene und Gehoffte noch weit übertreffen wird. Wenn sich der Inhaber dieser Schule gestattet, von dem Erfolg jedem seiner Schüler trotz der kurzen Unterrichtsdauer überzeugt zu sein, so kommt es daher, dass ihm eine auf mehrjähriger praktischer Ausbildung basierende Erfahrung zur Seite steht und auch die vielen Bekundungen über den erzielten Erfolg in der Praxis der ehemaligen Kuristen von auswärtigen Meister- und Gehilfen-Kursen, schon nach 14tägigem Unterricht die Tatsache bestätigen. Es liegt dem Inhaber und Leiter ernstlich daran, den in so kurzer Zeit erworbenen guten Ruf dieser Schule zu erhalten und zu erweitern, welches die alljährliche Zufriedenheit aller Schüler nur ermöglichen kann.

Adressen der ehemaligen Schüler dieses Instituts stehen jedem Reflektanten zum Besuch der Schule auf Wunsch gern zu Diensten.

FR. SCHOTT
Inhaber und Leiter der Spezial-Schule, Schwerin i. M.
Technischer Leiter für Meisterkurse der Handwerkskammer beider Mecklenburgs.

Jeder, auch Nichtreflektant, verlange den grossen reich illustr. Prospekt mit Schülerarbeiten gratis u. franko!
* Bitte zu adressieren: **FR. SCHOTT, SCHWERIN i. M. 5.** *